

Nr. 48

März

I/2010

# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

**DIE LINKE.**



Friedrich Sixel  
**Überlegungen zur  
Systemveränderung**

Götz Brandt  
**Die Linke muss  
gleichermaßen sozial  
wie ökologisch sein**

Marko Ferst  
**Ökologische Utopie  
einer solidarischen  
Zivilisation**

Heiko Balsmeyer  
**Nur ein leeres Endlager ist ein sicheres Endlager**

## Editorial

Liebe LeserInnen,

Die LINKE hat gespannt auf den ersten Entwurf eines neuen Parteiprogramms gewartet, nun ist er da. Bis zur geplanten Beschlussfassung durch einen Parteitag werden den Mitgliedern und Sympathisanten für die Diskussion und Veränderungsvorschläge wahrscheinlich gut ein und ein halbes Jahr verbleiben. Auch die Ökologische Plattform wird sich gemeinsam mit vielen anderen ökologisch Engagierten in dieser Partei und ihrem Umfeld intensiv mit der Frage befassen, wie denn im Angesicht der vor uns stehenden Umweltprobleme das Programm aussehen sollte. Natürlich muss es uns als Minimum darum gehen, den sich schon durch vorherige Parteiprogramme ziehenden grünen Faden immer dicker zu stricken.

Aber das darf dieses Mal nicht ausreichen. Mit diesem Programm muss sich DIE LINKE auch in ökologischen Fragen deutlicher als bisher von anderen Parteien abheben. Es geht zunächst darum, die Zeiten hinter uns zu lassen, in denen der Schutz unserer Umwelt eine Frage unter anderen war. Sie gehört endlich so wie die soziale und die Frage des Friedens und in enger Gemeinschaft mit diesen als zentrale Frage der Politik der Partei behandelt und als alles übergreifende Aufgabenstellung. Damit würde deutlich, dass sich DIE LINKE nicht nur ihren Traditionen verpflichtet sieht, sondern auch die wichtigste Aufgabe unserer Zeit als die ihre angenommen hat.

Ein erstes Bekanntmachen mit dem Entwurf zeigt, dass die Programmkommission in dieser Richtung bereits ein gutes Stück Vorarbeit geleistet hat. So wird deutlich, dass nunmehr auch in der ganzen Partei die enge Verbindung zwischen ökologischer und Systemfrage erkannt werden soll, dass sich eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die kapitalistische Wachstumslogik gegenseitig ausschließen.

Leider konnte sich diese Erkenntnis nicht in allen Abschnitten des Entwurfs durchsetzen. Wir tun uns immer noch schwer damit, den Wachstumsbegriff völlig aus unseren Vorstellungen über eine künftige Entwicklung zu streichen. Er wird auch nicht akzeptabler, wenn er mit schmückendem Beiwerk wie „selektiv“ oder „nachhaltig“ versehen ist. Jedenfalls nicht für Länder, die bereits länger als ein Jahrhundert durch Ausbeutung der Natur und anderer Völker und mit einem weit über das ihnen zustehende Maß hinausgehenden Verbrauch leben.

An manchen Stellen müssen wir sicher noch genauer sagen, wie mit ökologischen Forderungen das kapitalistische System in Frage gestellt werden kann. In unser Programm gehören Forderungen und Visionen, deren Realisierung linke und viele andere Bürger für erforderlich und vernünftig halten, mit denen wir deshalb potentielle Verbündete gewinnen können. Wir haben unsere Aufgaben in den nächsten anderthalb Jahren dann erfüllt, wenn das Programm diesem Anspruch gerecht wird. Der Sprecherrat ruft alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Plattform auf,

sich aktiv an der Debatte zu beteiligen. Dafür bietet sich z. B. diese Zeitschrift an, aber auch das Bundestreffen im Mai (siehe erste Seite gegenüber) und eine für den Herbst ins Auge gefasste weitere Konferenz.

Manfred Wolf

## Termine

### **Tagung „Probleme des Braunkohlebergbaus in der Region Guben“ im Rahmen der „green tour“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

24.04.2010 Guben, Werk 1 des Fabrik e. V. Guben, Mittelstr. 18

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Grüne Liga  
Informationen: [http://www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/greentour\\_guben\\_programm.pdf](http://www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/greentour_guben_programm.pdf)

Die Tagung wird mit Unterstützung der Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter (Bündnis90/Grüne) und des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nesko (DIE LINKE) durchgeführt. Im Mittelpunkt wird der drohende Tagebau Jänschwalde-Nord als Beispiel für die massiven Konflikte um die Braunkohlenutzung stehen. Juristen, Naturschutzfachleute und Ingenieure werden verschiedene Aspekte eines Braunkohlenplanverfahrens in ihren Vorträgen beleuchten und zur Diskussion anregen. Auch die Landtagsabgeordnete Monika Schulz (CDU) hat ihre Teilnahme zugesagt, so dass bereits drei Parteien aus drei parlamentarischen Ebenen ihre Sichtweisen in die Diskussion einbringen werden.

### **Aktions- und Menschenkette „KettenreAktion!“**

24.04.2010

große Anti-Atom-Menschenkette vom Atomreaktor Brunsbüttel an der Elbmündung quer durch Hamburg bis zum Atomkraftwerk Krümmel

Informationen: <http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/menschenkette.html>

## **Ergebnis Spendenaufwurf Tarantel Nr. 46**

Wir danken allen Spendern für die umfangreiche Unterstützung! Insgesamt kamen etwa 2300,- € zusammen.

## **Abb. auf der Titelseite**

Der Frühling stellt sich endlich ein, die Schneeglöckchen waren mit die ersten Boten.

Wir wünschen uns auch für die Partei DIE LINKE im Mai einen neuen Aufbruch auf dem Parteitag in Rostock. Personell mit einer Doppelspitze, die die Verantwortung auf eine größere Zahl von Schultern verteilt und inhaltlich natürlich ebenfalls - mit einer stärkeren Hinwendung zu den ökologischen Themen.

# IN EIGENER SACHE

## Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform

### Adresse

Jugendheim Rödinghausen  
Zum Nonnenstein 21  
32289 Rödinghausen  
www.jugendheim-roedinghausen.de

### Zeitraum

28. – 30. Mai 2010

### Ablauf

Freitag

17.00 Uhr öffentliche Sitzung des Koordinierungsrates

Sonnabend

08.30 - Zur Arbeit der Plattform

10.00 Uhr

10.00 - Zum Stand der Programmdebatte

12.00 Uhr

12.00 - Mittagspause

14.00 Uhr

14.00 - Wahlen zum Sprecher- und Koordinierungsrat

16.00 Uhr

16.00 - 4-in-1-Perspektive als Gesellschafts-

17.30 Uhr

17.30 - entwurf mit ökologischem Blickwinkel

18.00 -

19.00 Uhr

abends

Die Minang Kabau – ein matriarchales Volk der Gegenwart

Sonntag

08.00 -

12.00 Uhr

Ökologische Plattform Nordrhein-West-

falen:

- zur Situation nach der Wahl
- ökologische Probleme in NRW
- Umweltarbeit der LINKEN und ÖPF in NRW

12.00 Uhr

Mittag

**Kosten**

Zwei Übernachtungen (Fr/Sa) inkl. Vollpension kosten pro Person 37,- €.

Die Anmeldung ist über die

E-Mail-Adresse [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)

bzw. die Tel.-Nr. 030 5671382

möglich.

Um eine Anzahlung von 20,- € an die Ökologische

Plattform wird gebeten:

Ökologische Plattform

Berliner Bank AG, BLZ 10020000

Konto-Nr. 4384840000

Verw.-Zweck: Bundestreffen 2010

**Anreise**

Roedinghausen ist bis Bieren-Rödinghausen mit dem Zug erreichbar. (Am Wochenende verkehrt kein Bus. Wir organisieren die Abholung vom Bahnhof.)

Zug zwischen Bünde (Westfalen – ist eine Bahnstation zwischen Osnabrück und Bad Oeynhausen) und Bieren-Rödinghausen

Samstag, 29.05.2010

Bünde

Bieren-Rödinghausen

08.15

08.21

09.15

09.21

10.15

10.21

11.15

11.21

Sonntag, 30.05.2010

Bieren-Rödinghausen

Bünde

11.37

11.43

13.37

13.43

Auto:

Von der A30 Ausfahrt Bünde befährt man die L557 in Richtung Rödinghausen (ca. 10 km).

## Wahl der Parteitage delegierten der Ökologischen Plattform

Laut Satzung konnten wir auf Grund unserer Mitgliederzahl zwei Delegierte wählen.

Die Wahlzettel wurden Anfang des Jahres verschickt. Annahmeschluss war der 10. Februar.

Am 18.02. wurden die eingegangenen Wahlzettel ausgezählt.

Wahlschein A (Frauenliste)

- Eingang 131  
(gültig 127/ungültig 4)

davon

- Gesine Franke (Berlin) 127

Wahlschein B (gemischte Liste):

- Eingang 128  
(gültig 123/ungültig 5)

davon

- Franz Groll (Baden-Württemberg) 50
- Jörg Bütefür (Nordrhein-Westfalen) 35
- Harry Herr (Hessen) 22
- Frank Heydel (Rheinland-Pfalz) 16

Damit wurden Gesine Franke und Franz Groll gewählt.

## Sitzung des Koordinierungsrats der Ökologischen Plattform am 09.01.2010

Zeit: 10.40 – 13.00/13.30 – 16.30 Uhr

Ort: Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

An der Sitzung nahmen auch die Vertreter der BAG Umwelt, Energie, Verkehr Wolfgang Methling, Mitglied des Vorstandes der Partei DIE LINKE, und Bernd Brouns, Sekretär der Arbeitsgruppe Umwelt der Bundestagsfraktion der LINKEN, teil.

### 1. Parteidebatte

Im Zusammenhang mit der anstehenden Debatte zum neuen Parteiprogramm wurde vereinbart, die

Arbeiten zu den Fragen des Umweltschutzes im Programm in bewährter Weise in der gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Ökologischer Plattform, BAG Umwelt, Energie und Verkehr und Bundestagsfraktion zu organisieren und zu koordinieren.

Die Plattform schlug vor, im Herbst dieses Jahres eine gemeinsame Konferenz zum Thema Umweltschutz im Parteiprogramm zu organisieren.

## **2. Zusammenarbeit zwischen ÖPF und BAG Umwelt, Energie und Verkehr**

Ein im vergangenen Jahre in der BAG Umwelt, Energie, Verkehr geäußelter Wunsch, sich mit der Plattform zu vereinen, wurde auf der Sitzung durch Wolfgang Methling und Bernd Brouns wieder zurückgenommen. Wolfgang Methling sagte, es habe sich bei der geäußerten Idee nicht um einen Beschluss der BAG gehandelt. Es wurde daraufhin beschlossen, die Frage zunächst nicht weiter zu verfolgen und die Kräfte bis zur Beschlussfassung über ein neues Parteiprogramm auf diese Arbeit zu konzentrieren. Danach sollte eine mögliche Fusion wieder auf die Tagesordnung beider Zusammenschlüsse gesetzt werden, da sie grundsätzlich vernünftig scheint, wenn sie sorgfältig und nicht überstürzt angegangen wird. Bis dahin, so der Beschluss des Koordinierungsrats, sollte die Zusammenarbeit beider Zusammenschlüsse schrittweise erweitert und vertieft werden.

## **3. Arbeitsplan**

- Bundestreffen der Plattform mit Neuwahl der leitenden Gremien – 29./30. Mai Rödinghausen (Nordrhein-Westfalen)
- Sitzungen des Koordinierungsrates – 09.01., 28.05., 11.09., 11.12.
- Konferenz zu Schwerpunkten des künftigen Parteiprogramms aus ökologischer Sicht – im Herbst in Berlin (evtl. 11.09.)
- Herausgabe der Zeitschrift Tarantel jeweils zum Ende des Quartals, Redaktionsschluss – 15.02., 15.05., 15.08, 15.11.
- Herausgabe der Broschüren „Beiträge zur Umweltpolitik“ – jeweils zum Ende des Halbjahres
- Abschluss der Briefwahl der Delegierten der Plattform zum Parteitag
- Mitarbeit an der Ausarbeitung der ökologischen Abschnitte und Schwerpunkte für das Parteiprogramm
- Wahrnehmung der Aufgaben im Parteiausschuss und auf den Parteitagen
- Teilnahme an Konferenzen und Beratungen der BAG Umwelt, Energie, Verkehr
- Teilnahme und Auftritte an/auf Konferenzen und Beratungen anderer Verbände und Initiativen
- Infostände auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, dem Umwelttag und auf dem Parteitag in Rostock

# **KLIMA UND ENERGIE**

## **Im Klimaschutz läuft die Zeit davon**

### **Eva Bulling-Schröter**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen es: Das Eis der Arktis ist dünner als je zuvor. Die Gletscher schmelzen immer schneller. In Afrika gehen ganze Ernten verloren, weil nach der Aussaat der Regen ausbleibt. Der Klimawandel ist nicht mehr nur Zukunft, sondern längst Realität, und sie wird noch grausamer, wenn wir nicht endlich handeln. (Beifall bei der LINKEN)

Noch mehr Flüchtlingsströme und neue Konflikte, etwa um Boden oder Wasser, stehen vor der Tür. 42 Inselstaaten sind gar vom völligen Untergang bedroht. All das wissen wir, und trotzdem reagieren die maßgeblich Verantwortlichen in einer merkwürdigen Mischung aus Trägheit, Opportunismus und Klientelpolitik, wehren sich die Energie- und Automobilkonzerne mit Händen und Füßen dagegen, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln; es könnte ja sein, dass ihre Profite kurzfristig zusammensacken.

Derweil läuft uns die Zeit davon. Um das 2-Grad-Ziel wenigstens mit einer Wahrscheinlichkeit von zwei Dritteln zu erreichen, muss nach neuesten Studien der Peak, also der Höhepunkt der globalen Treibhausgasemissionen, bis 2011 überwunden werden. Dann müssten sie allerdings um 3,7 Prozent pro Jahr sinken. Das ist sehr ambitioniert, aber nicht undenkbar, wenn die Sache erst einmal Fahrt aufgenommen hat. Schafft die Weltgemeinschaft die Wende dagegen erst 2020, so wie es die Koalition in ihrem Antrag anvisiert, so müssten die Emissionen global jährlich um gigantische 9 Prozent vermindert werden. Das scheint jedoch nach allen Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte kaum machbar. Für Deutschland liegt die Rate im Schnitt der letzten Jahre unter 1 Prozent.

Der Zeitfaktor wird im Kampf gegen die Erderwärmung also immer mehr zur zentralen Herausforderung. Diese kann allerdings gemeistert werden, wenn der politische Wille da ist. Sowohl die technisch-technologischen als auch die finanziellen Mittel dafür sind heute schon vorhanden. Nehmen wir die aktuelle Studie der Universität Stanford, nach der eine praktisch emissionsfreie Energieversorgung weltweit bereits 2030 möglich wäre, und zwar zu bezahlbaren Preisen. Herr Fell hat gestern im Ausschuss einen schönen Vergleich aus dieser Arbeit zitiert: Windkraft würde nach der Fotovoltaik Platz zwei bei der Versorgung einnehmen. Dafür wären 3,8 Millionen Windkrafträder notwendig. Das klingt natürlich viel, ist aber wenig; denn jährlich werden weltweit fast 20-mal so viele Autos hergestellt, nämlich 72 Millionen.

Nicht nur angesichts dessen sind die Ziele der EU und auch Deutschlands deutlich zu niedrig. Das

Stockholm Environment Institute kommt in einer Studie im Auftrag des BUND zum Ergebnis, die EU könnte bis 2020 gegenüber 1990 ihren Treibhausgasausstoß um 40 Prozent reduzieren, bis 2050 um 90 Prozent. Jetzt kommt's: das alles ohne die unverantwortliche Atomenergie oder die fragwürdige Verpressung von CO<sub>2</sub> im Untergrund. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Werte decken sich mit den Forderungen der LINKEN. Für Deutschland muss bis 2020 unserer Auffassung nach eine Halbierung möglich sein; denn wir haben die Wallfall-Profits eingefahren, sprich: die geschenkten Emissionsminderungen durch die Deindustrialisierung der DDR. Es geht mir hier nicht um einen Wettbewerb darum, wer sich die höchsten Ziele setzt. Wir haben uns einfach zuviel Zeit gelassen. Das gilt für viele Industriestaaten, an der Spitze die USA, aber auch Deutschland, jedenfalls, wenn man zugrunde legt, was möglich gewesen wäre. Die verschiedenen Bundesregierungen haben hierzulande viel zu lange eine Politik pro Kohle, pro Auto und pro Großkonzerne betrieben, und sie betreiben sie weiter.

Die Erfolgsstory der erneuerbaren Energien kann das nur zum Teil wettmachen. Würde man die Menge an Kohlendioxid, die noch halbwegs klimaverträglich emittiert werden darf, gerecht auf die Menschen dieser Welt verteilen, das wurde schon angesprochen, so dürften die Deutschen nur noch zehn Jahre so weiterwirtschaften. Dann wäre unser Budget aufgebraucht. Deshalb müssen wir schnell aus der Kohle heraus. Hierzulande dürfen natürlich auch keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zudem brauchen wir eine neue Mobilität jenseits des beherrschenden Autos. Das alles muss kommen; denn mit der Physik kann man keine Kompromisse schließen. Es geht um nicht weniger als um die vollständige Dekarbonisierung, also Nullemissionen, unserer Volkswirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts. Die vielleicht 5 Prozent Treibhausgase, die dann noch gegenüber dem heutigen Ausstoß übrig bleiben dürfen, können wir für unser Energiesystem getrost vergessen. Diese brauchen wir für industrielle Anwendungen, in denen Emissionen unvermeidlich sind. Fassen wir kurz zusammen:

Erstens. Praktisch keinerlei Treibhausgasemissionen mehr in wenigen Jahrzehnten. Zweitens. Verlieren wir global noch mehr als fünf Jahre Zeit, haben wir das Erdklima verzockt.

Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich alle begriffen haben, die an wichtigen Stellschrauben sitzen. Das sogenannte Liberale Institut der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung hat ja sogar für morgen die Speerspitzen der deutschen und internationalen Klimawandelleugner nach Berlin eingeladen. Dort dürfen sich die Teilnehmer dann von Fred Singer aus den USA anhören, warum der Klimawandel nicht vom Menschen gemacht ist. Zuvor hat der Mann der Welt schon erklärt, warum FCKWs ungefährlich für

die Ozonschicht sind und auch warum Passivrauchen kein Problem für die Lunge ist.

(Ulrich Kelber (SPD): Die haben halt eine Vorliebe für Putschisten! - Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Die Erde ist eine Scheibe!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden beim Kampf gegen die Erderwärmung von einer technologischen Revolution, die der Einführung der Dampfmaschine oder der Mikroelektronik in nichts nachsteht. Genau wie damals wird dieser Prozess gravierende Auswirkungen auf die Ökonomie und auf soziale Prozesse haben. Denn es wird Gewinner- und Verliererbranchen geben. Dahinter stehen jeweils Zehntausende von Beschäftigten, und die erwarten natürlich etwas, die wollen nicht arbeitslos werden.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings eine Illusion, zu glauben, Arbeitsplätze entstehen immer am gleichen Ort und annähernd zeitgleich dort, wo andere wegfallen. Es geht also um eine soziale Abfederung des ökologischen Umbaus, um Qualifikation und anderes mehr. Das ist dringend notwendig. (Beifall bei der LINKEN)

Für all das brauchen wir Geld, Geld, das die Bundesregierung gerade verschenkt, weil sie beispielsweise den Energieversorgern die Emissionszertifikate kostenlos überlässt. Sie hat es auch verschleudert, als sie mit der Abwrackprämie für 3 Milliarden Euro Autos gefördert hat, die nicht nur nicht wettbewerbsfähig, sondern die schlicht auch nicht zukunftsfähig sind. Sie haben das ja nicht einmal an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gebunden. Das wäre ja das Mindeste gewesen. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sozial und ökologisch dagegen wäre gewesen, den Nahverkehr und die Bahn auszubauen. Schließlich sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs in den 27 EU-Staaten zwischen 1990 und 2005 um sage und schreibe 33 Prozent gestiegen, allerdings nicht durch die Bahn, die sinkende Emissionen hat, sondern durch den Straßen-, Flug- und Seeverkehr. Jetzt zurück zu Kopenhagen. Einig sind wir uns hier im Hause darin, dass die Konferenz am besten mit einem Abkommen, nach Lage der Dinge aber mindestens mit einem verbindlichen Beschluss zu Ende gehen muss. Spätestens bis zum Sommer muss dann der ratifizierungsfähige Rechtstext stehen. Auf der Grundlage des 2-Grad-Zieles müssen in Kopenhagen Beschlüsse über die Emissionsziele für Industriestaaten und Schwellenländer gefasst werden.

Es muss verbindliche Zusagen in Bezug auf den Technologie- und Finanztransfer aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer geben. Es geht hierbei um einen globalen Deal: Der Norden muss den Süden dafür bezahlen, dass dieser weniger ausstößt, als bei ungebremster Entwicklung wahrscheinlich wäre. Dafür gewinnen wir hier im Norden, die wir in den letzten Hundert Jahren die Atmosphäre mit Klimakillern vollgepumpt haben, etwas Zeit, um den Strukturwandel sozial abfedern zu können. Es geht also nicht um Almosen an die Entwicklungsländer. Schließlich bläst Texas noch heute so viel Treibhausgase in die Luft wie ganz Afrika. Auch Europa ist nicht viel besser.

(Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brandenburg!)

Es geht vielmehr um eine gerechte Lastenverteilung und darum, dass Entwicklungsländer mithilfe der Industriestaaten die fossile Phase in ihrem Energiesystem überspringen oder wenigstens schnell hinter sich lassen können. Da der Klimawandel bereits voranschreitet, müssten wir den Ländern im Süden auch jene Anpassungskosten erstatten, die den Menschen durch Überflutung, Versalzung der Böden usw. entstehen. Es muss unser Eigeninteresse sein, Anreize dafür zu schaffen, dass die letzten großen Wälder dieser Erde nicht für immer verschwinden, allerdings nicht durch den Emissionshandel, hier sind wir uns mit Herrn Minister Röttgen einig, sondern über internationale Fonds. Denn sonst bedeutet ein vor Abholzung bewahrter Wald in Brasilien oder Indonesien automatisch ein Kohlekraftwerk mehr in Deutschland oder Italien. Für all dies fordern die großen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen von den Industrieländern bis 2020 ansteigend rund 110 Milliarden Euro jährlich. Das unterstützen wir. Wir wollen im Gegensatz zur Koalition, dass dieses Geld zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

Die EU und die Bundesregierung wollen, dass etwa ein Drittel dieses Geldes vom Süden selbst aufgebracht wird. Ich sage Ihnen: Das ist zynisch! Zudem soll ein weiteres Drittel aus der Ausweitung der Kohlenstoffmärkte kommen: Stichwort CDM, vermeintliche Klimaschutzprojekte in den Entwicklungsländern, für die sich der Norden CO<sub>2</sub>-Zertifikate gutschreiben lässt. Wir wissen, dass hier mit faulen Zertifikaten getrickst wird. Momentan sind weltweit so viele Zertifikate angemeldet, dass man damit in Deutschland die achtfache Menge CO<sub>2</sub> ausstoßen dürfte. Wir sind gegen diesen Missbrauch; wir lehnen das ab. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der CDM soll 2012 auslaufen. Der Technologietransfer soll über Fonds finanziert werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Letzter Satz. Die Linke fordert: Realer Umwelt- und Klimaschutz zu Hause (Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Brandenburg! - Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Natürlich auch in Brandenburg!) und kein windiges Freikaufen irgendwo in der Welt! (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Quelle:

Bundestagsrede am 03.12.2009 in der Debatte zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1388777844>

## EU-Europa wartet und wälzt ab

### Gespräch mit Sabine Wils

*Der Klimagipfel läuft Gefahr, ein weiterer Meilenstein in der Geschichte erfolgloser Versuche für ein weltweit verbindliches Klimaschutzabkommen zu werden. Worum geht es genau?*

In Kopenhagen sollen 192 Länder versuchen, auf dem Weltklimagipfel der Vereinten Nationen (COP15) ein Folgeabkommen für das 2012 ablaufende Kyoto-Protokoll zu beschließen. So wurde es zumindest auf der 13. Weltklimakonferenz 2007 auf Bali beschlossen. Auf mehr konnten sich die Teilnehmer der jährlichen Klimakonferenzen bisher nicht einigen. Um zukünftige Klimakatastrophen zu verhindern, müssen in Kopenhagen langfristige Ziele, verbindlich und ambitioniert, formuliert werden. Das Abkommen soll den Ausstoß von langlebigen Treibhausgasen wie etwa Kohlendioxid reduzieren und soll bestimmen, in welcher Form und Höhe Industriestaaten Entwicklungsländer beim globalen Klimaschutz unterstützen. Die UN-Klimakonferenz ist nicht nur ausschlaggebend für ein Folgeabkommen nach Kyoto, sondern auch ein entscheidender Faktor dafür, ob die Welt angemessen auf eine Bedrohung reagieren kann. Eine Bedrohung, die zu katastrophalen Veränderungen mit Überschwemmungen, Dürren, Stürmen, Artensterben und vielen Millionen Klimaflüchtlings führt, wenn nicht sofort und effektiv reagiert wird.

*Welche Rolle spielt die Europäische Union in der Klimaschutzpolitik?*

Laut dem schwedischen EU-Ratspräsidenten Fredrik Reinfeldt ist die EU „Vorreiter im internationalen Klimaschutz“. Dennoch agiert sie zögerlich. Ihre vagen Versprechen zur Verringerung der Treibhausgase (CO<sub>2</sub>-Emissionen) und zur finanziellen Unterstützung armer Staaten macht die EU von Zusagen anderer Länder wie China, Indien und den USA abhängig. Diese Vorgehensweise hat nichts mit der Rolle eines Pioniers zu tun. Es geht der EU vielmehr um ein Abwälzen von Verantwortung auf andere.

*Die Industriestaaten sind nach wie vor die größten Umweltsünder – die weltweiten Folgen des Klimawandels aber treffen die ärmsten Länder besonders schwer. Handelt die EU verantwortungsbewusst?*

Die EU-Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfeltreffen Ende Oktober 2009 lediglich darauf geeinigt, ihren Streit über die Kosten für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zu vertagen. Sie vermieden es, den armen Ländern feste Zusagen über finanzielle Hilfen zu geben. Kurz vor Kopenhagen versäumte die EU, ein konkretes Verhandlungsangebot vorzulegen, auf dessen Grundlage ein Abkommen ausgehandelt werden könnte. Wie EU-Umweltkommissar Stavros Dimas richtig feststellt, können ohne feste finanzielle Verpflichtungen der wohlhabenden Länder keine konstruktiven Verhandlungen geführt werden.

Vor allem Deutschland blockiert mit Angela Merkels Orientierung an den kurzfristigen Gewinninteressen der Wirtschaft europäische Zusagen und riskiert damit das Scheitern des Weltklimagipfels. Merkel erkennt damit auch nicht die historische Verantwortung der Industriestaaten an, die überwiegend für den Klimawandel verantwortlich sind.

*Wie sieht eine solidarische Klimaschutzpolitik aus?*

Wenn die EU es ernst meint mit dem Klimaschutz, muss sie aufhören, sich von anderen Ländern abhängig zu machen. Sie darf nicht darauf warten, dass die USA, Indien und China – drei bedeutende Länder, die bisher nicht das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben und den Klimawandel nicht als Top-Priorität betrachten – den Weg für effiziente Maßnahmen frei machen. Unabhängig von anderen Staaten muss sich die EU verbindlich für effiziente Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgase verpflichten. Dazu gehören der Schutz der letzten Urwälder, ein Finanzierungsfonds für die ärmeren Länder in Höhe von 200 bis 600 Milliarden Euro, um Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen, sowie ein Technologietransfer, der nicht an Patente gebunden sein darf.

*Welche Forderungen stellt DIE LINKE an ein neues globales Klimaschutzabkommen?*

DIE LINKE fordert, dass der Ausstoß von Klimagasen in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis 2050 um rund 90 Prozent gegenüber 1990 reduziert wird. Doch auch kurzlebige Schadstoffe wie etwa Ruß müssen in ihrem Ausstoß vertraglich begrenzt werden. Rußpartikel absorbieren unter anderem das Sonnenlicht in der Arktis und sind zu 50 Prozent für den Anstieg des Meeresspiegels verantwortlich. Fast zwei Drittel aller Rußpartikel im arktischen Eis stammen aus Europa. Sie werden durch den Wind dorthin getragen.

*Welche weiteren Elemente spielen beim Klimawandel eine Schlüsselrolle?*

Strategien zur Verringerung der Treibhausgase müssen von der EU auf den Weg gebracht werden. Nur mittels einer deutlichen Verringerung der Treibhausgase lässt sich noch die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen begrenzen. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt muss deshalb ausgeschlossen werden. Doch auch der EU-interne Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument in Europa hatte bisher kaum einen Effekt.

*Wo liegen die Probleme beim Handel mit Emissionen?*

Die nahezu komplette Vergabe kostenloser Emissionszertifikate führt lediglich zu noch mehr Gewinnen in Milliardenhöhe auf Seiten der großen Energiekonzerne. Das Klima wird damit nicht geschützt. Der Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen klimaschädigenden Gasen ist ein öffentliches Gut und muss einen bestimmten Preis haben. Erst wenn ein vom Markt un-

abhängiger Mindestpreis von ungefähr 30 bis 35 Euro pro emittierter Tonne CO<sub>2</sub> bezahlt wird, besteht überhaupt ein finanzieller Anreiz für die Unternehmen, den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu reduzieren.

Der Markt wird den Schutz des Klimas, entgegen gebetsmühlenartig wiederholten Aussagen industrie-freundlicher Akteure, nicht alleine richten. Vielmehr bedarf es drastischer Vorgaben zum Klimagasausstoß für die Industrie, damit gerade die großen europäischen Energiekonzerne nicht weiter auf Kosten der Umwelt Milliardengewinne einfahren können. Diese Energiekonzerne müssen einer starken Regulierung unterworfen oder vergesellschaftet werden. Momentan mögen viele Unternehmen auf die Karte Umwelt setzen. Sie tun dies jedoch aus Profitinteresse, da Umweltschutz und Nachhaltigkeit mittlerweile in sehr vielen Branchen verkaufsfördernde Faktoren darstellen.

*Du bist im Europäischen Parlament Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen. Was tust du – beruflich und privat – gegen den Klimawandel?*

Damit Umweltschutz nicht nur ein Trend bleibt und schnell von Ereignissen wie etwa einer Finanzkrise verdrängt werden kann, kämpfe ich für einen radikalen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Klimaschutz darf nicht den Profitinteressen der Konzerne geopfert werden. Beispielsweise verhindert jedes neue Kohlekraftwerk weitere 40 Jahre den Einsatz erneuerbarer Energie.

Auch privat versuche ich, das Klima nicht unnötig zu belasten. Als Parlamentarierin muss ich leider viel zwischen Hamburg, Brüssel und Straßburg hin und her reisen. Aber die kurzen Strecken in Hamburg fahre ich grundsätzlich mit dem Fahrrad. Früher fuhr ich oft über 13 Kilometer mit dem Fahrrad zur Arbeit. Ich verlange nicht, dass jeder seinen Lebensstil radikal verändert, aber jeder sollte sich darüber Gedanken machen, wo er dem Klima etwas Gutes tun kann.

*Welche Initiativen unterstützt du beim Klimagipfel?*

Die Linksfraktion im Europaparlament wird gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Klimaschutzbündnissen versuchen, den öffentlichen Druck für eine wirksame und gerechte Klimapolitik zu verstärken. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament streiten wir für eine weniger profitorientierte Politik und unterstützen den Gegengipfel „Klimaforum09“, der bis 18. Dezember 2009 ebenfalls in Kopenhagen stattfindet.

Anders als bei der offiziellen UN-Konferenz steht das „Klimaforum09“ jedem offen, und an Stelle von Politikern und Beamten kommen Grassroots Initiativen (Basisbewegungen), Wissenschaftler, Künstler und andere zu Wort. Zusätzlich fand am 12. Dezember 2009 in Kopenhagen eine große Demonstration statt. Machen wir den führenden Politikern dieser Welt deutlich, dass jetzt etwas getan werden muss! Zusätzlich fand am 12. Dezember 2009 in Kopenhagen eine große Demonstration statt. Machen wir den

führenden Politikern dieser Welt deutlich, dass jetzt etwas getan werden muss!

Quelle:

[http://www.dielinke-europa.eu/wir\\_in\\_europa/sabine\\_wils/artikel/detail/zurueck/artikel-10/artikel/eu-europa-wartet-und-waelzt-ab](http://www.dielinke-europa.eu/wir_in_europa/sabine_wils/artikel/detail/zurueck/artikel-10/artikel/eu-europa-wartet-und-waelzt-ab)

Fragen: Sonja Giese

## Deutschland und Europa haben sich verzockt

### Interview mit Eva Bulling-Schröter

*Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, verfolgte vom 15. bis 18. Dezember 2009 vor Ort in Kopenhagen den UN-Klimagipfel*

*Ist der Gipfel total gescheitert?*

Ganz klar: Ja. Formell gibt es weder ein ratifizierungsfähiges Abkommen, noch – das war nach Lage der Dinge die Minimalforderung – einen verbindlichen Beschluss mit den Kernforderungen der Konferenz, auf dessen Grundlage etwa bis zum Sommer ein ratifizierungsfähiges Abkommen hätte ausgearbeitet werden können. Was wir jetzt haben, ist ein kosmetischer Trick, der das völlige Scheitern der zwei Jahre lang vorbereiteten Konferenz aufhüscheln soll. Die Erklärung, die von der Konferenz lediglich „zur Kenntnis“ genommen wurde, hat keinerlei Verbindlichkeit.

*Und wenn sie angenommen worden wäre?*

Dann wäre es auch nicht besser. Denn nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt ist nicht das Papier wert, auf dem es steht.

*Warum? Das 2-Grad-Ziel ist doch erstmals festgeschrieben. Und es soll viel Geld in den globalen Süden fließen.*

Selbst wenn das Papier als Entscheidung verabschiedet worden wäre: Wie bitte schön sollen das im Papier enthaltene 2-Grad-Ziel erreicht und der globale Emissionsanstieg bis 2015 gebremst werden, wenn nicht mal mehr der Zeitpunkt des Abschlusses eines neuen Abkommens in der Erklärung benannt ist? Dem Text zufolge sollen die Industrieländer lediglich freiwillige Minderungsziele für Treibhausgase bis Ende Januar 2010 international festschreiben. Länderverpflichtungen zu weniger Emissionen sucht man vergeblich.

Der Text nennt überhaupt keine Zahlen zur Minderung des globalen Treibhausgas-Ausstoßes - nicht global bis zum Jahr 2020 und auch nicht als langfristiges Ziel bis 2050. Letzteres war wenigstens in den Entwürfen zuvor enthalten. Die Emissionen der In-

dustriestaaten sollten bis Mitte des Jahrhunderts um 80 Prozent sinken. Dieses Ziel wird jetzt nicht mehr genannt. Selbst ob die versprochenen 100 Milliarden ab 2020 für den globalen Süden wirklich fließen, ist unklar. Die entscheidende Frage bei der Langfristfinanzierung bleibt bereits im Dokument unbeantwortet: Wer zahlt?

*Was ist in Kopenhagen schief gelaufen?*

Solche Zustände der offenen Auflehnung wie gegen Ende der Konferenz soll es noch nie bei einem UN-Gipfel gegeben haben. Das lag nicht nur an der Hinterzimmerdiplomatie, die die dänische Konferenz-Präsidentschaft und am Ende auch Barack Obama mehrfach mit ausgewählten Staaten betrieben. Das hat sicher viele Entwicklungsländer auf die Palme gebracht, die ständig neue Papiere vor die Nase gesetzt bekommen haben. Nein, es lag auch am Unvermögen der Industriestaaten, bei den CO<sub>2</sub>-Minderungszielen und Finanzen für den Süden einen großen Schritt auf die Entwicklungs- und Schwellenländer zuzugehen. Entweder es wurde zu lange gepokert oder man wollte nicht. Letzteres trifft vor allem die USA, die ja bis 2020 nur 4 Prozent Minderung gegenüber 1990 anbot. 25 bis 40 Prozent wären aber von den Industriestaaten notwendig, um den Klimawandel in einem erträglichen Rahmen zu halten. Unter dem Strich lagen in Kopenhagen Minderungsangebote auf dem Tisch, die zu einer Erwärmung von 3,5 Grad geführt hätten. Kein Wunder, dass dabei einige Länder nicht mitspielen wollten. Warum soll der Inselstaat Tuvalu seinen Untergang, warum Nicaragua seine Versteppung beschließen?

*Aber viele Entwicklungsländer, sogar die Gruppe der Inselstaaten AOSIS, wollten dem Dokument zustimmen. So schlecht kann's nicht gewesen sein.*

Was die Zustimmung vieler Entwicklungsländer betrifft, so lockt wohl allein die Aussicht auf Milliarden-Transfers. Die ökologische Substanz und Verbindlichkeit der Erklärung kann es nicht sein. Was den Klimaschutz betrifft, ist und bleibt der Text eine Katastrophe.

*Was hätte man anders machen sollen?*

Neben für alle transparenten Verhandlungen hätte beispielsweise die EU ihr Minderungsangebot bis zum Jahr 2020 von 20 auf mindestens 30 Prozent heraufschrauben sollen. Das hätte andere mitgezogen und auch die USA unter Zugzwang gebracht aufzustocken. Vielleicht wäre dann auch China zu mehr Zugeständnissen bereit gewesen und hätte sich beispielsweise zu einer Begrenzung seiner Emissionen ab 2020 völkerrechtlich bindend verpflichtet. Zudem hätten Deutschland und die EU erklären müssen, dass die Finanzausgaben nicht auf die Entwicklungshilfe-Zahlungen zur Erfüllung der Millenniumsziele angerechnet werden. Denn es kommt im Süden schlecht an, wenn der Norden mit seiner historischen Schuld Armutsbekämpfung mit Klimaschutz verrechnet. Die EU und Deutschland haben bis zur letzten Minute lieber gepokert, als



durch eine Vorreiterrolle die anderen Länder mitzureißen, und sie haben sich verzockt.

*Viele Hoffnungen lagen auf Barack Obama. Welche Rolle spielte die USA?*

Die Rolle der USA blieb bis zum Schluss enttäuschend. Sie führte eine Koalition der Unwilligen an. Dies zeigt sich auch daran, welchen finanziellen Beitrag die größte Volkswirtschaft der Welt mit dem mit Abstand größten Anteil an der Erderwärmung bereit ist, für arme Länder zu übernehmen: Von den versprochenen 30 Milliarden zwischen 2010 und 2012 bietet sie für die Soforthilfe gerade einmal 3,6 Milliarden Dollar an. Das ist etwa ein Drittel des Betrages der EU „und in etwa das, was die USA alle 60 Stunden für ihr Militär ausgeben“, wie ein Nachrichtenmagazin zutreffend vergleicht.

Quelle:

Newsletter Umwelt und Energie, Dezember 2009

<http://www.linksfraktino.de/wortlaut.php?artikel=1597079269>

Fragen: Uwe Witt

## Nur ein leeres Endlager ist ein sicheres Endlager

Heiko Balsmeyer

*Der im labilen Salzstock Asse II gelagerte Atommüll soll wieder herausgeholt werden. Allerdings könnte noch einiges dazwischenkommen.*

Es ist derzeit nicht die leichteste Aufgabe, die Wolfram König, der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), zu erfüllen hat. Schließlich muss er für seinen Chef, Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), Entscheidungen vorbereiten und öffentlich verteidigen. Die Behörde Königs, der Parteimitglied der Grünen ist, betreibt seit Anfang 2009 die langsam durch eindringendes Wasser absaufende Atommülldeponie im niedersächsischen Asse. In dem zunächst als Forschungsanlage getarnten Endlager durften die Atomkonzerne zwischen 1967 und 1978 kostenlos bzw. gegen ein geringes Entgelt ihren Atommüll abladen. Teilweise wurden die Müllfässer dabei einfach von der Baggerschaufel gekippt. Von Anfang an gab es Stimmen, die davor warnten, dass Wasser in die Stollen des bis 1964 betriebenen ehemaligen Salzbergwerks eindringen könnte. Spätestens seit 1988 ist dies der Fall, was aber vor der Öffentlichkeit jahrelang geheim gehalten wurde. Derzeit sind es 12 000 Liter täglich (siehe Jungle World 14/08).

Wolfram König muss nun erklären, was langfristig mit dem Atommüll passieren soll, ohne in Frage zu stellen, dass Salzstöcke grundsätzlich als Endlager geeignet sind. Schließlich ist in Gorleben ein solches Endlager geplant. Gleichzeitig braucht Minister Rött-

gen Verhandlungsmasse in den bevorstehenden Gesprächen mit den Atomkonzernen, was die Verlängerung der Laufzeiten der Kraftwerke betrifft.

Am 15. Januar stellte König in Hannover die Ergebnisse der wissenschaftlichen „Arbeitsgruppe Optionenvergleich“ vor. Verglichen wurden dabei folgende Möglichkeiten zur Schließung der Asse: die Rückholung des Atommülls, die vollständige Füllung des Bergwerks mit Beton sowie die Verlagerung der Abfälle in tiefere Schichten. König hält die Rückholung für die beste Variante, weil nur auf diese Weise ein sogenannter Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden könne, der juristisch für ein Endlager erforderlich ist. Bei der vom vorherigen Betreiber, dem Helmholtz-Zentrum München, favorisierten Lösung, das Bergwerk mit Beton zu füllen, kann langfristig keine Sicherheit garantiert werden, weil der Atommüll früher oder später auch mit Grundwasser in Berührung kommen wird. Was die Verlagerung in tiefere Schichten des Bergwerks angeht, ist aus Sicht des BfS nicht klar, ob dafür überhaupt geeignete Stellen gefunden werden können. Diese Formulierungen lassen schon erahnen, dass der Salzstock für die Verwendung als Endlager von Anfang an ungeeignet war.

Die Entscheidung für eine Rückholung muss allerdings nicht bedeuten, dass die 125 787 eingelagerten Fässer tatsächlich irgendwann wieder ans Tageslicht kommen. Es besteht ein gewisser Zeitdruck, weil ein unkontrollierbarer Wassereintritt befürchtet wird. Das BfS hält die Stabilität der Anlagen bis etwa 2020 für gegeben. In den nächsten zehn Jahren müssten also ein Planfeststellungsverfahren erfolgreich abgeschlossen, die technischen Probleme der Rückholung gelöst und der Atommüll schließlich vollständig geborgen werden. Wegen der knappen Zeit ist daher eine Flutung mit Beton nicht unwahrscheinlich und wird wie die Rückholung des Atommülls – offiziell als Notfallplan – vorbereitet.

Dabei könnte es sicherlich interessant werden zu verfolgen, wer auf welcher Grundlage den Notfall feststellen darf, der zum Anwerfen der Betonpumpen führt. Ein weiterer Vorbehalt könnte sich aus der Untersuchung des Inhalts der Fässer ergeben. Sollte sich herausstellen, dass sie Material mit hoher Strahlenbelastung enthalten, könnte die Rückholung auch daran scheitern. Was eigentlich mit dem hervorgeholten Atommüll passieren soll, erklärte das BfS bei der Veröffentlichung des Rückholplans nicht. Doch aus dem 225 Seiten starken Schriftstück der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe erfährt man zum Beispiel, dass auf dem Gelände der Asse der Bau und Betrieb einer „Transportbereitstellungshalle“, also eines Zwischenlagers, geplant ist.

Wohin die Fässer transportiert werden sollen, darüber kann nur spekuliert werden. Allerdings liegt Schacht Konrad, das bisher einzige genehmigte Endlager in Deutschland, nur 20 Kilometer entfernt. Hier ist die „Langzeitsicherheit“ nach Ansicht der Atombürokratie und -justiz nachgewiesen. Eine Ton- und Mergelsteinschicht um die frühere Eisenerzzeche verhindert angeblich dauerhaft das Eindringen von Wasser. Solche verbrieften Sicherheiten hält der

Asse-II-Koordinationskreis für zweifelhaft und fordert: „Für den Asse-Müll wie jeden anderen Atommüll muss gelten: Kontrollierte und revidierbare Lagerung – egal wo!“

Neben der Frage nach der Sicherheit stellt sich natürlich auch jene, wer die Kosten für die Rückholung des Mülls tragen soll. Nach Angaben des Handelsblatts ist in einem Gutachten des Essener Ingenieur- und Consultingunternehmens DMT und des TÜV Nord immerhin von mehr als zweieinhalb Milliarden Euro die Rede. Die Atomkonzerne profitierten von den jahrelang für sie sehr billigen Bedingungen in der Asse. Bei der Anlieferung von Atommüll wurden in den Jahren 1967 bis 1975 überhaupt keine Gebühren verlangt. Auch in den darauf folgenden drei Jahren wurden nur geringe Gebühren erhoben, allerdings von den Anlieferern. Und das waren selten die Atomkonzerne, da nur ein kleiner Teil der Abfälle direkt von den Atomkraftwerken dorthin gebracht wurde. Die größere, ebenfalls aus den Atomkraftwerken stammende Menge kam aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, einer Forschungsanlage zur Wiederaufbereitung von Brennelementen, in die Asse und unterlag somit der Verantwortung des Bundes.

Es ist abzusehen, dass der Staat die Atomkonzerne auch davor schützen wird, für die Rückholung ihres Mülls aus der Billigmüllkippe zahlen zu müssen. Unter der Verantwortung von Sigmar Gabriel (SPD) als Umweltminister der Großen Koalition wurde das Atomgesetz geändert. Dabei wurde auch der Paragraph 57b mit dem Titel „Betrieb und Stilllegung der Schachanlage Asse II“ eingefügt, in dem es wörtlich heißt: „Die Kosten für den Weiterbetrieb und die Stilllegung trägt der Bund.“ Nach Gabriels Gesetzesformulierung wäre es sogar noch möglich gewesen, nach dem Abschluss der vorgesehenen Planfeststellung für die Schließung der Asse weiteren Müll einzulagern.

Als Vorsitzender der nunmehr in der Opposition befindlichen SPD ließ Gabriel nach der Entscheidung des BfS der Presse mitteilen: „Die Asse diene ausschließlich den Interessen der Atomindustrie. Dort wurden an der skandalösen und verantwortungslosen Atommüllentsorgung in der Asse und im Endlager Morsleben bei Helmstedt Milliarden Gewinne geschneit. Jetzt soll die Atommüllindustrie auch die Sanierungskosten bezahlen. Wir brauchen die Steuern für Kindergärten und Schulen und nicht für die Atomindustrie.“

*Quelle: Jungle World 4/2010*

## POLITIK UND WIRTSCHAFT

### **Umwelt sitzt am Katzentisch. Umweltschutzorganisationen mahnen in 100-Tage-Bilanz der neuen Regierung stärkeres Umweltschutzengagement aller Ressorts an**

**Presseerklärung von BUND, DNR, Greenpeace, NABU und WWF, 04.02.2010**

Nach Ansicht der fünf großen deutschen Umweltschutzorganisationen BUND, DNR, Greenpeace, NABU und WWF hat die neue Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel in ihren ersten 100 Tagen die Umweltpolitik spürbar vernachlässigt. Während sich das Umweltministerium bemühe, seinen Aufgaben gerecht zu werden, spiele das Thema Umwelt bei der schwarz-gelben Bundesregierung insgesamt kaum eine Rolle. Vor allem in der Energie- und Klimapolitik, aber auch beim Schutz der biologischen Vielfalt sei weder eine gemeinsame Linie noch ein ressortübergreifendes Engagement aller Ministerien zu erkennen.

Ein Umbau der Wirtschafts- und Finanzpolitik sei dringend notwendig, um die ökologische Krise abzuwenden. Die einzelnen Ministerien für Umwelt, Wirtschaft, Agrar, Entwicklung, Verkehr und Forschung betrieben häufig eine gegensätzliche Politik in Sachen Umwelt. Die Umweltschutzverbände appellierten an Merkel, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in allen Ressorts als Priorität zu verankern.

Ein völliges Versagen attestierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl der schwarz-gelben Bundesregierung bei der zentralen Herausforderung, die Wirtschafts- und Finanzkrise und die ökologische Krise gemeinsam zu bewältigen. „Es ist schon erstaunlich, dass die neue Bundesregierung ausgerechnet bei ihrer angeblichen Kernkompetenz, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, so kläglich scheitert. Alte Fehler werden einfach fortgeschrieben. Klassisches Beispiel ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Anstatt mit diesem weitgehend wirkungslosen Gesetz der Hotelbranche eine Milliarde Euro an Steuerreduzierung zu gewähren, hätte die Regierung den verringerten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent befristet für zukunftsweisende Sektoren wie den ökologischen Landbau, der viele Vorteile beim Klimaschutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt aufweist, gewähren können“, sagte Weinzierl. Die Bundesregierung habe die drängenden Fragen, wie alle diese Ausgaben gedeckt werden können, nicht beantwortet. Bei einem Gesamtschuldenstand des Staates von 1,6 Billionen Euro, einer Neuverschuldung allein des Bundes für 2010 von über 86 Milliarden Euro und in den nächsten vier Jahren von über 262 Milliarden Euro müsse das Steuer- und Abgabensystem nachhaltig umgestaltet werden. Nach Auffassung des DNR seien strenge Vorschriften zur Eindämmung

des Einflusses der Banken ebenso erforderlich wie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer. Ein geringer Steuersatz von 0,1 Prozent erbringe dort ein Steueraufkommen von mehr als 35 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite könnten nach Untersuchungen des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 2006 die Ausgaben durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen in Höhe von 42 Milliarden Euro spürbar verringert werden.

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Wie in anderen Politikfeldern wird deutlich, dass die Bundesregierung auch im Umweltbereich einen Zick-Zack-Kurs fährt. Es gibt viele Ankündigungen und Versprechen, der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft aber wird auf die lange Bank geschoben. Besonders sichtbar ist dies im Agrarsektor, wo mit milliardenschweren Subventionen die Überproduktion und der Export von Milch und Fleisch gefördert werden. Diese Politik macht vielen bäuerlichen Betrieben den Garaus, der Milchpreis ist im Keller und die Bauern protestieren zu Recht. Unverantwortlich ist auch, dass Schwarz-Gelb den Anbau der Genkartoffel Amflora unterstützt. Mit der Nennung dieses Namens hat es erstmals ein konkretes Unternehmensprodukt - in diesem Falle vom Chemieunternehmen BASF - in den Koalitionsvertrag einer Bundesregierung geschafft. Dies zeigt, wohin die Reise geht: Die Absatzinteressen der Industrie, in diesem Falle der Gentechnik- und Agroindustrie, bekommen Vorrang. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz bleiben auf der Strecke.“

Weiger warnte auch vor der Tendenz, das Siegel „ohne Gentechnik“ zu diffamieren. Weil ihr die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion ein Dorn im Auge sei, bekämpfe eine unheilige Allianz aus Teilen der Ernährungsindustrie, dem Deutschen Bauernverband und Unions-Abgeordneten dieses Siegel. Insbesondere Bundesagrарministerin Ilse Aigner müsse Flagge zeigen und für die weitere Durchsetzung der „Ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung eintreten. Nur dann habe der Verbraucher Sicherheit, dass Produkte wie Fleisch, Milch und Eier ohne den Einsatz von gentechnisch verändertem Futter produziert werden.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke forderte die Regierung auf, die im Koalitionsvertrag versprochenen Bundesprogramme für biologische Vielfalt und Wiedervernetzung der Landschaft hochwertig, finanzstark und schnell umzusetzen. „Diese Programme müssen sich im Haushalt des Bundesumweltministeriums wiederfinden. Im Internationalen Jahr der Biodiversität brauchen wir eine spürbare Trendwende für Natur und Arten“, sagte Tschimpke. „Hier ist die Bundesregierung gefordert. Speziell die Kanzlerin und das Finanzministerium müssen den schönen Worten nun Taten und Gelder folgen lassen“, so Tschimpke weiter.

Zudem müsse das Agrarministerium Mittel für Naturschutz- und Klimaschutzmaßnahmen umwidmen. Zuletzt habe die Grüne Woche wieder gezeigt, dass Deutschland auch von einer Klimaschutzwende in der Landwirtschaft noch weit entfernt sei. „Außer

Lippenbekenntnissen soll es keine verbindlichen Ziele und Maßnahmen geben. Dabei trägt die Zerstörung von Mooren und Grünland sowohl zum Verlust der biologischen Vielfalt als auch zu rund 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen durch die Landwirtschaft bei“, kritisierte Tschimpke.

Für Greenpeace gibt die Bundesregierung beim Thema Atomkraft nach 100 Tagen ein konfuse Bild ab. „Umweltminister Röttgen bezeichnet den Atomanstieg als unumkehrbar, während Wirtschaftsminister Brüderle die Reaktoren am liebsten noch 20 Jahre länger am Netz lassen würde. Und Kanzlerin Merkel geht bei diesem Thema lieber auf Tauchstation“, stellte Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens fest. Sie warnte die Bundesregierung vor einer Verlängerung der Reaktor-Laufzeiten. „Die Mehrheit der Bundesbürger ist gegen längere Laufzeiten. Sie bedeuten noch mehr Atommüll, von dem niemand weiß, wohin damit. Sie erhöhen die Gefahr terroristischer Anschläge mit unabsehbaren Folgen, und sie behindern massiv den Ausbau der erneuerbaren Energien“. Mit seinem blinden Pro-Atom-Kurs unterbinde Wirtschaftsminister Rainer Brüderle auf Jahre den Wettbewerb im Strommarkt und blockiere mittelständische Energieunternehmen. „Die Wahlversprechen der FDP, man werde sich gegen die Monopole der Stromkonzerne stellen und den Mittelstand fördern, waren nur heiße Luft“, so Behrens. Inakzeptabel sei auch, dass die Regierung erstmals seit zehn Jahren wieder den Neubau von Atomkraftwerken im Ausland mit Hermes-Krediten finanziell absichern wolle. „Wer behauptet, Atomkraft sei nur eine Brückentechnologie, zugleich aber den Neubau von Reaktoren in Brasilien absichert, täuscht die Öffentlichkeit“, so Behrens. Positiv bewertet Greenpeace, dass die Regierung den in dem maroden Schacht Asse gelagerten Atommüll vollständig wieder zurückholen will. „Frau Merkel sollte aus dem Asse-Skandal Lehren ziehen und eine offene Endlagersuche starten, statt sich weiter an das ungeeignete Salzlager in Gorleben zu klammern“, so Behrens. In Sachen Klimaschutz komme die Bundesregierung nicht aus den Startlöchern, kritisierte der WWF Deutschland. Zwar habe sich die Regierung mit der Festlegung, den Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 unbedingte senken zu wollen, gut positioniert. Es bleibe jedoch völlig unklar, wie dieses Ziel erreicht werden solle. „Die Regierung muss jetzt die Weichen stellen, damit wir zur Mitte des Jahrhunderts den Treibhausgasausstoß auf fast Null fahren können“, betonte WWF-Vorstand Eberhard Brandes. Das werde den Aufbau ganz neuer Infrastrukturen voraussetzen und damit viele zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. In der WWF-Studie „Modell Deutschland“ werde vorgechnet, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Beim Klimagipfel, so der WWF, habe sich gezeigt, dass die von der Bundesregierung unterstützte EU-Strategie, die Reduktionsziele von Zusagen anderer Staaten abhängig zu machen, nicht getragen habe. Sie müsse schnellstmöglich geändert und den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechend eine Reduktion von mindestens 30 Prozent bis 2020 ge-

genüber 1990 beschlossen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse dafür sorgen, dass die EU bei den weiteren Klimaverhandlungen nicht noch einmal so blutleer auftrete wie in Kopenhagen. Der WWF begrüßte die Ankündigung der Bundeskanzlerin, ein Energiekonzept für Deutschland erarbeiten zu lassen. Allerdings dürfe dies nicht im stillen Kämmerlein mit den Managern der großen Energieunternehmen ausgekungelt werden. Um eine breite Akzeptanz zu finden, brauche es eine offene Diskussion und die Beteiligung der Umweltverbände. Vor allem müssten neben der Stromversorgung alle für den Klimaschutz wichtigen Sektoren wie der Verkehr, die Wärmeversorgung und die Landwirtschaft berücksichtigt werden.

Quelle:

[www.greenpeace.de/themen/sonstige\\_themen/press\\_eerklaerungen/artikel/umwelt\\_sitzt\\_am\\_katzentisch](http://www.greenpeace.de/themen/sonstige_themen/press_eerklaerungen/artikel/umwelt_sitzt_am_katzentisch)

## **Die Linke muss gleichermaßen sozial wie ökologisch sein**

### **Götz Brandt**

Die seit langen zu beobachtende Orientierung auf die gesellschaftliche Mitte bei allen „regierungsfähigen“ Parteien führt dazu, dass die linke Flanke aller Parteien offen ist. Das betrifft nicht nur die sozialen und friedenspolitischen Themen, sondern auch die Umweltthemen. Jamaika an der Saar und Schwarz-Grün an der Waterkant zeigen, dass auch die GRÜNEN auf Landesebene nunmehr „voll regierungsfähig“ geworden sind. Mit Schwarz-Grün lassen sich aber Umweltziele gegen Kapitalinteressen kaum durchsetzen. Diese Chance muss die LINKE nutzen. Sie muss sich viel mehr als bisher mit Umweltthemen befassen.

Aber im Entwurf des 10-Punkte-Sofortprogramms der Bundestagsfraktion wurde die Umweltpolitik glattweg vergessen, und erst die Überarbeitung brachte einen mageren Punkt zur Energiepolitik, der die Wahlziele des Bundestagswahlprogramms nur ungenügend widerspiegelt. Folgende Wahlkampfziele sind offensichtlich von der Fraktion erst einmal auf Eis gelegt worden: Klimaschutz, Energiewende, dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand, ökologisch-industrielle Effizienzrevolution, ökologische Verkehrswende, bezahlbare Energie- und Verkehrsleistungen, Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerbefreiungen, um nur einige Ziele aufzulisten, die in ein Sofort-Arbeitsprogramm der Bundestagsfraktion hineingehören.

Warum orientieren sich die linken Mitglieder des Bundestags nicht an der programmatischen Rede von Oskar Lafontaine auf dem Bundestagswahlparteitag? Dort hat er klargestellt, dass 25 % Renditeziel des Raubtierkapitalismus nur erreicht werden können,

wenn dabei die Umwelt zerstört wird. Auch die Grünen hätten die umweltzerstörerischen Renditeforderungen des Finanzsektors durch ihre Zustimmung zur Deregulierung begünstigt und mitgetragen. Nur wenn die Haupttriebfeder der Umweltzerstörung, die überzogenen Renditeziele, wegfallen würden, kann eine nachhaltige Wirtschaftsordnung Wirklichkeit werden. Die ökologische Frage ist die Systemfrage. Diese klaren programmatischen Forderungen Oskar Lafontaines fanden im 10-Punkte-Sofortprogramm der Fraktion keinen Niederschlag. Die Systemfrage ergibt sich aus der Marxschen Erkenntnis, dass das Kapital den Menschen und die Natur zerstört. Auf sozialem Gebiet hat die LINKE ein gutes Programm, um die größten Angriffe des Kapitals, die zur Zerstörung der Menschen führen, abzuwehren und Widerstand zu leisten. Auf dem Gebiet der Umweltpolitik gibt es ein ebensolch klares Programm, aber es hapert mit der Umsetzung.

Die LINKE muss kompromisslos eine antikapitalistische Umweltpolitik vorantreiben im Gegensatz zu den GRÜNEN, die mit ihren Forderungen den Konzernen nicht wehtun wollen und eben deshalb „regierungsfähig“ sind. Wer Forderungen zur Umverteilung des Wohlstandes stellt oder zum Erhalt der Umwelt und Schonung der Ressourcen auffordert, befindet sich automatisch in Konfrontation mit den Monopolen, die keinerlei Rücksicht auf die Natur nehmen wollen und kurzfristige Rendite erwarten.

In ökologischen Fragen muss man weiter denken als eine Legislaturperiode lang. Ein Abgeordneter bzw. die Regierung übernimmt nur für wenige Jahre die Verantwortung. Klimaänderungen erfolgen aber über Jahrzehnte. Fast alle ökologischen Veränderungen verlaufen langsam, abgesehen von Naturkatastrophen. Das Grundwasser wird langsam vergiftet. Die Lebensmittel enthalten immer mehr Pestizide. Die Gletscher weichen langsam zurück. Die Eisdecke im Polarmeer wird immer kleiner usw. Wenn Abgeordnete dagegen etwas tun wollen, müssen sie einen langen Atem haben.

Alle Parteien haben Abgeordnete, die sich mit Umweltfragen befassen. Alle diese Abgeordneten müssen dabei beachten, dass ihre Partei „regierungsfähig“ bleiben muss, und da sind eben nur schwache, halbherzige Vorschläge zu erwarten. Das „grüne Auto“ der Bündnisgrünen hat eben nur einige wenige Gramm Kohlendioxid ausstoß weniger als die von der Autoindustrie produzierten. Ein völliges Umsteuern der Produktion auf Fließbänder für Elektroautos, die mit erneuerbarer Energie getankt werden, wird nicht verlangt. So ist es auf allen Gebieten der Industriepolitik. Die Konzerne und ihre Lobby bestimmen, was die Abgeordneten zu fordern haben.

Hier eröffnet sich für die Linken ein weites und offenes Feld der Umweltpolitik, wo sie konkurrenzlos bleiben, solange sie nicht „regierungsfähig“ werden wollen. Auch eine Regierungsbeteiligung der LINKEN in den Ländern ist nur dann zu begrüßen, wenn dabei nicht fundamentale umweltpolitische Wahlziele der Linkspartei aufgegeben werden. Soweit dürfen Kompromisse eben nicht gehen, wenn man glaubwürdig bleiben und wiedergewählt werden will.

## Das Wirtschaftsgeschehen hat eine Zeitachse

### Interview mit Jacques Grinevald

*Jacques Grinevald unterrichtet am Institut de hautes études internationales et du développement in Genf. Er arbeitet fächerübergreifend, vor allem in den Themenbereichen nachhaltige Entwicklung und ökologische Ökonomie. Sein 2007 veröffentlichtes Buch „La biosphère de l'anthropocène“ ist zu einem wertvollen Arbeitsinstrument für all jene geworden, die sich wissenschaftlich mit Fragen des menschengemachten Klimawandels und der Wachstumsrücknahme beschäftigen.*

*Ernst Schmitter, der das folgende Gespräch führte, beschäftigt sich in der Schweiz mit Wachstumskritik.*

*Herr Grinevald, können Sie kurz Ihren Werdegang als Fachmann im Bereich der Wachstumsrücknahme erzählen?*

1974 arbeitete ich im Pressedienst der Universität Genf. Ich bekam den Auftrag, einen Vortrag von Nicholas Georgescu-Roegen zu organisieren, dessen Werke ich zum Teil kannte. Nach seinem Genfer Vortrag entwickelte sich zwischen ihm und mir eine dauerhafte Freundschaft. Georgescu-Roegen betrachtete mich als seinen ersten Schüler in Europa, wohl zu Recht. Ich habe viele seiner Texte ins Französische übersetzt und publiziert. Unter der Leserschaft dieser Publikationen hat sich eine Art Netzwerk gebildet, lange bevor die heutige Décroissance-Bewegung entstand.

*Stimmt es, dass der Begriff „Décroissance“ Ihre Erfindung ist?*

Ja. Ich habe den Ausdruck benutzt, um das englische Wort „decline“ (Rückgang) zu übersetzen, das sich bei Georgescu-Roegen findet, aber auch schon bei Adam Smith vorkommt. Kompliziert wird die Sache dadurch, dass das Wort „décroissance“ jetzt im Englischen oft mit „degrowth“ wiedergegeben wird.

*Georgescu-Roegen ist seit Jahrzehnten ein Geheimtipp. Warum ist er so wichtig?*

Er hat die Bedeutung des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik für die Wirtschaft erkannt und den Begriff der Entropie in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt. Das hat zur Folge, dass die Ökonomen sich vom mechanistischen Weltbild verabschieden müssen, das bis heute ihr Paradigma geblieben ist. Die Wirtschaft ist nicht wie ein Pendel, bei dem es egal ist, ob es hin oder zurück schwingt. Das Wirtschaftsgeschehen hat eine Zeitachse mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nichts lässt sich ungeschehen machen. Die Schäden, die die Wirtschaft jetzt dem Klima zufügt, kann sie nicht reparieren. Die neoklassischen Ökonomen fürchten diese Wahrheit, wie die katholische Kirche Gallileis Erkenntnisse fürchtete, weil sie den irrationalen Cha-

rakter ihrer Lehre entlarvt. Deshalb ist Georgescu-Roegen bis heute ein Geheimtipp geblieben.

*Hatten Sie nie Schwierigkeiten mit den Bildungsinstitutionen, wenn Sie Unterrichtsinhalte wie Entropie, Biosphäre oder Wachstumsrücknahme in juristische oder technische Studiengänge einführten?*

Oh doch! In meiner Karriere - wenn ich überhaupt von Karriere sprechen kann - gibt es manchen Knick! Ich bin dreimal wegen meines Unterrichts entlassen worden. Dreimal! Details erspare ich Ihnen. Nur eine Anekdote: In den Achtzigerjahren verlangte man an der ETH Lausanne von mir, dass ich künftig in meinem Unterricht auf den Begriff der Biosphäre verzichte. Begründung: „Die Industrie hat das nicht gern.“ Ich habe nicht darauf verzichtet. Das hat mir einigen Ärger gebracht.

*Wie bewältigen Sie den Spagat zwischen Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit und der Dringlichkeit des umweltpolitischen Engagements?*

Wie gesagt: Ich habe diesem Spagat einen Teil meiner Karriere geopfert. Aber ich habe zwei Grundregeln beachtet und die Zerreißprobe immer wieder ausgehalten: Erstens blieb ich allen politischen Institutionen gegenüber auf Distanz. Ich war z. B. nie Mitglied einer Partei. Und zweitens war ich immer zurückhaltend und höflich. Das ist hilfreich!

*Kann man die Wirtschaft von ihrem zerstörerischen Wachstumszwang abbringen?*

Die Frage ist nicht, ob man kann. Man muss! Es gibt keine andere Lösung. Vielleicht finden wir den Weg leichter, wenn wir bedenken, dass es nicht nur um die Überwindung des Kapitalismus geht. Es geht um die Überwindung eines Machtstrebens, das untrennbar zum ökonomischen Denken gehört. Die Ökonomen wollen nicht nur Wachstum, sie wollen Wachstum des Wachstums, im Zweifelsfall lieber eine Explosion als Stillstand oder Rückschritt. Sie wollen Eroberung. Ihr Fach ist von einer kriegerischen Mentalität geprägt. Es geht aber gerade darum, dass wir lernen, Gewaltfreiheit zu einem Grundprinzip unseres Handelns, auch unseres wirtschaftlichen Handelns, zu machen. Unsere gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit ist heute von Gewalt und Gewaltdenken beherrscht. Das gilt es zu überwinden.

*Wie gehen Sie mit der Tatsache um, dass die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik die Dringlichkeit dieser Anliegen meist ignorieren?*

Von den allermeisten Verantwortlichen ist keine Lösung zu erwarten; sie sind ja selbst das Problem. Es müsste sich ein externes Element finden lassen, das die Situation deblockiert. Ich sehe gegenwärtig kein solches Element. Aber ich sage Ihnen offen: Ich habe ein fast bedingungsloses Vertrauen ins Leben. Wir dürfen uns in Bezug auf die Zukunft nicht auf unser Hoffen und Bangen verlassen und auf Wahrscheinlichkeiten schon gar nicht. Meine Zuversicht ist viel größer als die mathematische Wahrscheinlichkeit einer lebberen Zukunft. Es gibt ein französi-

sches Sprichwort, dem ich voll zustimme: Das Schlimmste ist nicht stets gewiss.

### **Fünf Vordenker der Wachstumsverweigerung**

Nicholas Georgescu-Roegen (1906-1994): Mathematiker und Ökonom. Er hat den Widerspruch erkannt, der zwischen dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik und dem Anspruch auf unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum besteht. Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik besagt, dass die vollständige Umwandlung von Arbeit in Wärme nicht umkehrbar ist. Deshalb spielt sich unser Wirtschaften in einer ständig sich verschlechternden Ressourcenlage ab. Wenn die Menschheit möglichst lange überleben will, muss sie Wirtschaftsschrumpfung anstreben. Solange die Wirtschaftswissenschaft dies bestreitet, ist sie grundsätzlich lebensfeindlich. Ein wichtiges Werk von Georgescu-Roegen: *The Entropy Law and the Economic Process*, 1971 (es gibt keine deutsche Ausgabe).

André Gorz (1923-2007): Philosoph und Journalist. Er hat schon 1977 in seinem Werk „*Ecologie et liberté*“ gezeigt, dass ein Sozialismus, der auf wirtschaftlichem Wachstum aufbaut, in den Widersprüchen des kapitalistischen Konsumverhaltens gefangen bleibt. Wichtige Werke: *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*, Rowohlt, Reinbek, 1977. Kürzlich publiziert: *Auswege aus dem Kapitalismus, Beiträge zur politischen Ökologie*, Rotpunktverlag, Zürich, 2009 (enthält Texte aus den Jahren 1975 - 2007).

Hans Jonas (1903-1993): Philosoph. Sein Hauptwerk heißt „*Das Prinzip Verantwortung*“ (zuerst Insel, Frankfurt, 1979). Jonas zufolge benötigen wir für einen angemessenen Umgang mit den Ungewissheiten der technischen Entwicklung eine „Heuristik der Furcht“. (Heuristik ist die Kunst des Problemlösens.) Von ihm stammt der Satz: „Der schlechten Prognose den Vorrang zu geben gegenüber der guten, ist verantwortungsbewusstes Handeln im Hinblick auf zukünftige Generationen.“

Ivan Illich (1926-2002): Philosoph und Theologe. Er hat gezeigt, dass Fortschritt in Teilbereichen unserer Gesellschaft eine Eigendynamik entwickeln kann, die ihn kontraproduktiv werden lässt: Das Auto sollte dem Zeitgewinn dienen und bedeutet in Wirklichkeit oft Zeitverlust. Die Schule soll ein Instrument der Aufklärung sein und dient nicht selten der Manipulation. Hightech-Medizin kann krank machen. Die Kommunikationslawine behindert Information. Usw. Illich stellt unserer Gesellschaft mit ihren Scheinfortschritten das Bild einer Gesellschaft gegenüber, die sich in einer kopernikanischen Wende von Wachstumszwang und Produktivismus befreit. Wichtiges Werk: *Selbstbegrenzung, eine politische Kritik der Technik*, Rowohlt, Reinbek, 1980.

Serge Latouche (Jahrgang 1940): Wachstumskritischer Ökonom. Er hat in Paris unterrichtet. Sein wichtigster Beitrag zur Wachstumskritik ist der Gedanke, dass wachstumsorientierte Entwicklung nicht die Lösung unserer Probleme ist, sondern das Prob-

lem selbst. Wichtiges Werk: *Le pari de la décroissance*, Fayard, Paris, 2006 (deutsch nicht erhältlich).

*Quelle:*

*Archipel - Monatszeitung des Europäischen Bürgerforums*, Nr. 174, September 2009, S. 7 – 8. Verleger, Herausgeber, Hersteller, Redaktion: *Europäisches Bürgerforum*; veröffentlicht im *Schattenblick*, 07.10.2009 – <http://www.schattenblick.org/infopool/politik/wirtschaft/pwber204.html>. *Schattenblick ist eine elektronische Zeitschrift des MA-Verlags.*

## **GRUNDPOSITIONEN**

### **Überlegungen zur Systemveränderung**

#### **Friedrich W. Sixel**

Wer Politik machen will, steht vor der Alternative, ob er/sie Politik machen will, die primär auf das Richtige abzielt, oder primär die Mehrheit erringen will. Das schließt zwar nicht aus, dass man mit richtiger Politik auch die Mehrheit der Wähler gewinnen möchte, aber höchst zweifelhaft ist, ob man mit dem primären Ziel der Mehrheitsgewinnung auch richtige, und das heißt, eine allen Menschen Zukunft versprechende Politik ausüben kann. Das klingt einfach, und so einfach ist das auch. Aber das bedeutet keineswegs, dass im Einzelnen und in der Praxis nicht noch beträchtliche Probleme auftreten werden. Dessen können wir vielmehr gewiss sein.

Es wird verwundern, dass ich hier von der Annahme ausgehe, dass das Richtige in der Politik (und anderswo) erkennbar, ja sogar mehrheitsfähig sein könne. Schenken will ich mir jetzt den Hinweis, dass die gegenteilige Annahme, nämlich dass das Richtige nicht erkennbar sei, unhaltbar ist. Und das nicht nur aus Gründen der Logik [1], sondern auch deswegen, weil dann die Entwicklung unserer Spezies nur zufällig Richtiges erbracht hätte. Unsere nicht zu leugnenden Fortschritte beruhen aber, wenn auch gewiss nicht ausnahmslos, auf bewussten und Zukunft eröffnenden Entscheidungen, waren also in diesem Sinne richtig. Unsere Frage ist indes, ob uns Entscheidungen solcher Potenz jetzt gelingen und ob deren Mehrheitsfähigkeit das primäre Kriterium für ihre Gültigkeit ist.

Der Ton dieser Zeilen lässt erwarten, dass ich Letzteres bezweifle. Der Grund für meinen Zweifel liegt u. a. darin, dass das, was wir als Umweltprobleme verstehen, uns nicht dazu bewegt, diese Probleme zu lösen. Trotz unserer verstandesmäßigen Einsicht in das Übel verschlimmern wir es, wenn nicht gar mit suizidalem Endeffekt, dann doch mit katastrophalen Aussichten für die Zukunft. Dies belege ich hier nicht

mit akademischer Umständlichkeit, da es zum Allgemeinwissen geworden ist.

Wir wissen es besser, tun es aber nicht. Da muss doch im Grundsätzlichen etwas nicht stimmen. Zumindest lässt sich soviel sagen: Unser Verhältnis zur Natur ist verdreht. Und das ist ein kollektives Phänomen. Es ist nicht nur wissbar, sondern es wird allgemein gewusst, dass z. B. weiteres Wachstum in unserer Produktion und Konsumtion die Natur um uns herum bald unbehausbar macht, und unsere innere Natur, also die, die wir selbst sind, ruiniert. Wie – allerdings nicht weithin vernehmbar – die Medien berichteten, ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit Ausbruch der jetzigen Wirtschaftskrise gesunken. Trotzdem wird in der derzeitigen Wirtschaftskrise ein neues Ankurbeln, also ein wieder zu erreichendes Wachstum der Wirtschaft, d. h. doch wohl Wachstum in Produktion und Konsumtion, allgemein als Ziel angepriesen und als solches allgemein „gekauft“. Als ob die Natur nur um uns herum, also da draußen, existiere, bloß „Umwelt“ sei und wir nicht selbst auch das sind, was wir bedrohen, nämlich Natur. Wortmonster wie die allorts zitierten „Umwelt“-Schäden, „Umwelt“-Zerstörung und auch „Umwelt“-Schutz belegen unser verdrehtes und damit falsches Begreifen der Natur. Keiner sage, dass diesem falschen Begreifen nicht das richtige antithetisch vorgehalten werden könne, dass unser Denken nicht das Richtige zu denken vermag und dass sich hier das Richtige beim Bemühen um das Allgemeinwohl, also um Politik, nicht gründen ließe.

Allerdings: Mit der Einsicht in unsere Grundfehler, und sei sie noch so gut untermauert, ist es nicht getan. Auch das weiß längst jeder, klingt sogar am linken Ufer der politischen Strömungen manchmal resignierend an, hat aber keine praktischen Konsequenzen. Auch da muss doch wieder gefragt werden, warum richtige Einsicht papieren bleibt und keine politischen Folgen hat. Jedenfalls verschafft sie keine Mehrheiten bei Wahlen und in Parlamenten. Haben wir es hier etwa mit dem biblisch festgehaltenen Dilemma zu: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach ?

Meine Antwort darauf ist: Hier haben wir es in der Tat mit einem Dilemma zu tun, und das ist tief im herrschenden Denken verwurzelt, hat eine über 2000 Jahre alte Entwicklung hinter sich und hat zu atemberaubenden Erfolgen geführt. Nicht nur haben wir den Geist über das Fleisch, also über unsere Natur, gestellt, wir haben zudem den Geist behandelt, als wäre er nicht selbst Natur und käme sogar ohne sie aus. Mit diesem Denken ist es nun vorbei; es ist bankrott. Es liegt jetzt offen zutage - unser Umgang mit der Natur zeigt es an, dass unser Geist, ohne die Natur in sich selbst zu empfinden und bewusst anzuerkennen, zuschanden geht; er kommt nur zurecht und ist richtig, wenn er die Natur in sich „aufhebt“. Dies ist eine der Jetztzeit angemessene Form des, wenn man so will, dialektischen Materialismus, der den ihres Begründers, Karl Marx, keinesfalls abschafft, sondern ihn gemäß der Natur der gesellschaftlichen Entwicklung erneuert.

Diese Entwicklung hat den Kapitalismus einen Grad von Komplexität annehmen lassen, den Marx zwar vorausgesehen, aber selbstverständlich nicht im einzelnen analysiert hat [2]. Die Globalisierung des Kapitals hat mehr als eine nur geographische Dimension, insofern sie als Ausbeutung, vor allem in den kapitalistischen Metropolen, alle Lebensbereiche durchdringt. Sie ereignet sich nicht nur in der Produktion, sondern auch über die Konsumtion hinaus in der Distribution der Gewinne (Investitionen des Finanzkapitals in bloß scheinbare Projekte) und im Austausch von Gütern und Informationen (z. B. in den Medien) von nur scheinbarem Wert. Einerseits hat diese Entwicklung die Ausbeutung über das einstige Proletariat hinaus erweitert und diversifiziert und zwingt uns von Aspekten zu sprechen wie dem des Prekariats, von Migranten mit Hungerlöhnen und von neuen Formen der Kolonisation indigener Völker. Andererseits wurde Konsum zum Konsumterror mit oft horrenden Kreditschulden, verkam die Lern- und Lehrkultur an den Schulen zum Erwerb von „credits“ etc., etc.

All dies verdankt sich einem Kapital, dessen nicht aufhaltbares, also krebsartiges Wachstum längst über den „rein“ monetären Bereich hinaus vorgezogen ist. Die Beobachtung, dass es offenbar nicht nützlich ist, besseren Einsichten zu folgen (siehe „Umwelt“-Schutz), zeigt u. a. an, dass wir es heute mit einer Form des Wissens zu tun haben, das radikal auf Verwertbarkeit von allem und jedem abgestellt ist. Wissen schert sich genau so wenig wie das traditionelle Kapital um die Frage, ob seine Form ein Wachstum herbeiführt, das der Natur um uns und in uns nicht gemäß ist. In der jetzigen Situation mag der hier kurz skizzierte, weiter gedachte dialektische Materialismus die Vielfalt der Bedrohungen zwar auf einen Nenner bringen können, aber dieser mentale Erfolg bedarf einerseits einer Warnung und darf andererseits nicht über dann immer noch fortbestehende gewichtige praktisch-politische Konsequenzen hinwegtäuschen.

Zunächst sei als Warnung darauf hingewiesen, dass es die Entwicklung des Globalkapitalismus und seiner Wissensform einschließt, dass ein historisch adäquates Verstehen des dialektischen Materialismus, oder besser, der Dialektik der Natur, nicht mehr bedeuten kann, dass dieser Materialismus sich als vorschreibende Philosophie auffasst. Sein Selbstverständnis schließt ein, dass er sich nicht als primär geistiges Produkt missdeutet. Stattdessen ist er eine immer wieder aus der Natur und ihrem Primat heraus erlebte, erfahrene und als solche eine immer wieder sich erneuernde Weise des Begreifens. Darin ist die Kapirolen schlagende Flexibilität des global-kapitalistischen Instrumentalismus „aufgehoben“.

Wenn das zutrifft, und vieles spricht dafür, dann hat das angesichts der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Vielfalt ihrer Probleme radikale Konsequenzen. Die Politik selbst ist davon betroffen. Besonders wenn linke, Zukunft verheißende Politik Systemveränderung will, muss sie sich erst selbst grundlegend verändern. Als richtige Politik kann sie nicht mehr einfach mental-argumentativ verkündet werden. Der

einst hehre Logos der Sprache überzeugt nicht mehr in Zeiten permanent flexiblen Umdefinierens der Wirklichkeit. Richtiger Politik bleibt jetzt kaum anderes übrig, als diejenigen zu sammeln und in ihrer Praxis fördernd zu begleiten, die das Herausgefallen sein unseres Geistes aus der Natur erleiden, äußere sich dieses Unnatürliche und Unmenschliche nun in „klassischen“ Formen der Kapitalausbeutung und/oder in modernen der Kreditverschuldung, des Konsumterrors etc., etc. Die hier bloß angedeutete Rolle des Leidens als Initiator des Umdenkens legt nahe, dass dieses körperliche, also in der eigenen Natur gegründete Empfinden, eine nicht zu unterschätzende Kategorie in der Verneinung der vorherrschenden Praxis ist.

Das Sammeln von Menschen, die in Opposition zur herrschenden Praxis stehen, schließt das Bemühen um den Gewinn elektoraler Mehrheiten nicht aus. Das Zusammenbringen solcher Menschen verlangt jedoch mit einiger Wahrscheinlichkeit die Schaffung neuer politischer Strukturen. Es wäre aber, wie schon gesagt, falsch, dem Gewinn von Mehrheiten den Vorrang vor dem Betreiben richtiger Politik zu geben, auch wenn dies in der instrumentalistischen, aber auch blauäugigen Hoffnung geschieht, mit einer so gewonnenen Mehrheit die angeblich nur zurückgestellte richtige Politik einleiten zu können. Dem Falschen verhaftet lässt sich eben nichts Richtiges machen. Wie Marx wusste, kann der parlamentarische Sieg für die Linke in Wirklichkeit ihre Niederlage bedeuten. Zudem müsste die Linke wissen, dass an unserer Stelle der gesellschaftlichen Entwicklung angelangt, der Aufruf zu richtiger Politik nicht als moralisch-präskriptive Norm zu verstehen ist. Richtige Politik kann nur betreiben, wer, wie gerade gesagt, den vorherrschenden Umgang mit der Natur in und um uns als Leid erlebt hat und deswegen der Natur das Primat gibt. Dann wird einem aus der Natur kommenden Bedürfnis gefolgt, nicht aber einer moralisierenden Vorschrift.

Wer indes weiterhin durch instrumentalistisches Denken, Wissen und Begreifen in seiner Sicht bestimmt ist, kann (auch als links sein wollender Politiker) dem Schicksal des Midas nicht enttrinnen: alles wird ihm zum Mittel für noch nicht erreichte Zwecke; nichts befriedigt ihn. Er wird zum Nimmersatt. Das unersättliche Immer-mehr-Wollen erzwingt unweigerlich das eben erwähnte unaufhaltsame Wachstum in Produktion und Konsumtion. Moralisierende Forderungen nach Einschränkungen dieses Wachstums können nur als Normen empfunden werden, die Frustration auslösen und damit der Kompensation durch andere Pseudobefriedigungen bedürfen.

Dieses teuflisch sich immer mehr aufschaukelnde System kann nur überwunden werden, indem dort angesetzt wird, wo das System seine Grundlage hat: am verdrehten Verhältnis des Menschen zur Natur. Und dies nicht nur zu der Natur um den Menschen herum, sondern auch zu der in jedem Einzelnen von uns. Das Zurechtrücken dieses Verhältnisses wird indes nur von den Menschen ausgehen, denen die eigene, innere Natur beigebracht hat, dass der Mensch als „Andere Natur“ (Karl Marx) der Natur im

Ganzen nicht gegenüber steht, sondern angehört. Nur aus dieser Einsicht und, wenn sie gewonnen ist, aus der Kultivierung der Natur im Menschen und um ihn herum kann der jetzigen wahnsinnigen Behandlung der Natur ein Ende gesetzt werden. Das schließt jedes egofokale Machtstreben aus, gleichgültig ob individualisierte Macht sich in der Akkumulation von Kapital im traditionellen oder in dem modernen Sinne des Wissens, also der Bedeutungskontrolle gründet.

Kehren wir noch einmal zur politischen Praxis zurück! Dies allerdings nicht, um dieser Praxis vom theoretischen grünen Tisch Vorschriften zu machen, sondern um einige Konsequenzen und Probleme richtiger Politik zu skizzieren.

1. Selbstverständlich möchte richtige Politik in der Bevölkerung größtmögliche Resonanz finden, zwar auch weil es bei Wahlen um Mehrheiten geht, vor allem aber weil „dem, dem das Herz voll ist, der Mund über geht“; so wusste es einst der Volksmund. Sich so selbst treu bleibend wird linke Politik das Ziel der Mehrheit nicht durch die heute bei Wahlkämpfen üblich gewordenen hohlen Versprechungen zu erreichen suchen [3]. Verbreitete Wahlverdrossenheit zeigt doch wohl an, dass es Politik Treibenden an Glaubwürdigkeit mangelt. Wie die jüngste Bundestagswahl wieder gezeigt hat, ist die „Partei der Nichtwähler“ mit fast 30 % die stärkste. Das Volk weiß: „Das Geschäft der Politiker ist vor allem das Wiedergewähltwerden“. Linke Politik setzt sich davon ab, indem sie dem Volke „reinen Wein einschenkt“. Dies wird aufhorchen lassen und richtige Unterstützung einbringen.

2. Dies scheint es erforderlich zu machen, den Schwerpunkt politischer Arbeit von den Parlamenten wegzurücken. Er gehört in den Kontakt mit denjenigen Bemühungen im Volke, die auf das Herbeiführen richtigen Lebens zielen.

In den Parlamenten kann es der Linken lediglich um die Statuierung und Begründung des eigenen zukunftsweisenden Standpunktes gehen, nicht aber um dessen Diskussion mit den Vertretern und Förderern des Status quo. Dies wird beachtliches propagandistisches Aufsehen erregen, zumal auch das Volk weiß, dass das Gerede der „Volksvertreter“ nur ihrer eigenen Macht dienen soll und kann. Über diese generelle Skizze der Form linker Parlamentsarbeit hinaus kann hier deren inhaltliche Substanz nur kurz und punktuell inspiziert werden. Das Allumfassende ihrer Aufgabe im Globalkapitalismus verbietet jeden Versuch, an dieser Stelle ausführlicher zu werden.

So wird es unter anderem, allerdings mit begründbarem Vorrang, darum gehen, durch drastische Steigerung der progressiven Einkommensteuer Kapitalanhäufungen in den Händen einzelner abzustellen und sie stattdessen der öffentlichen Hand zugänglich zu machen [4]. Dann kann die öffentliche Hand viele zukunftsweisende Projekte aufgreifen. Sie kann z. B. das Errichten oder Bestehen lokal begrenzter Produktionsstätten fördern. Diese können dann u. a. auch im freien Verbund mit überregionalen Betrieben arbeiten und so das heutige „Outsourcing“ dieser großen Unternehmen „aufheben“. Das wird es er-



leichtern, den Arbeitsprozess selbst zu demokratisieren. Des Weiteren gilt es, zumindest den Transport von Massengütern und den Personenverkehr in der Kontrolle der öffentlichen Hand zu behalten. Oder: Die in moderner Wirtschaft immer wieder anfallende Umschulung sollte einerseits der Individualinitiative überlassen bleiben, sollte aber andererseits erleichtert werden durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auch dies letztere wird ermöglicht durch die anzustrebende starke Erhöhung der progressiven Einkommensteuer. Schulungen und Schulen im generellen Sinne werden von den Bedürfnissen, Interessen und Talenten des einzelnen Menschen ausgehen, der, finanziell gesichert, zu ihrer Nutzung befreit ist. Dies heißt auch, dass die Finanzförderung der Schulen und der Stätten von Lehre und Forschung nicht mehr, wie derzeit, auf die Interessen einer instrumentalistischen Elite abzielt, sondern auf die Kultivierung jedes einzelnen und der Kräfte, die er/sie aus sich heraus entfalten und anbieten kann. So wird Menschen ermöglicht, zu sich selbst zu finden und ihre Urteilskraft solide in der verstandenen Natur der Sachen und ihrer selbst zu gründen; sie werden bzw. bleiben „mündige Staatsbürger“, immunisiert gegen die Verdrehungen des Globalkapitalismus. Öffentliche Plätze wie Parks, Marktplätze, Schulhöfe, Campusareale etc sind gegen Privatisierung zu schützen und/oder bleiben öffentlicher Besitz, so dass Öffentlichkeit Raum hat, sich menschlich zu füllen.

Einiges von dem hier als parlamentarische Aufgaben skizzierten hat seine Entsprechung in außerparlamentarischen Ansätzen. Diese werden aber durch den herrschenden Globalkapitalismus marginalisiert, vereinzelt und bedroht, und zwar auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. In den hochentwickelten Ländern lassen sie sich finden in weit verstreuten Bereichen, angefangen von Jugendprotesten, Alternativversuchen in Landwirtschaft, Erziehung, Theater, Medizin, Altenversorgung und vielem mehr. In den Ländern des ausgepowerten Südens herrschen andere vom Kapital induzierte Probleme: Hungersnöte (ca. 25 000 Tote/Tag), Vertreibungen und/oder anders erzwungene Migration, Genozid und etliches mehr.

Das Zusammenhängen all dieser Probleme wird bei weitem nicht immer gesehen. Auch haben Bemühungen, sie zu lösen, oft genug kaum Kontakt zueinander und sind sich selten ihres gemeinsamen Nenners bewusst. Diese Probleme durch linkes „Predigen“ aufzudecken und zu lösen, ist aber nicht, wie gesagt, die primäre Aufgabe zukunftsweisender Politik. Vielmehr hat die Linke vor allem zuzuhören, um mit Menschen, die das Hier und Jetzt leid sind, kritisch-reflektierend ein gemeinsames Bewusstsein vom Grund der Misere des herrschenden Systems herzustellen, mag dies nun lokal oder auf Weltforen geschehen. Bei all dem ist der Ausgangspunkt die Praxis dieser Menschen, wie vereinzelt und eingengt ihr Blickwinkel auch sein mag, nicht aber die Theorie einer Partei und sicherlich nicht deren Mitwirken in Parlamenten, die ja kaum mehr leisten, als das System am Laufen zu halten. Nur durch Zuhören

und Reflektieren kann die Linke die Kräfte sammeln, die dazu beitragen, dass Demokratie ihren Namen verdient und Volksherrschaft bleibt.

3. Welche Konsequenzen diese Überlegungen für die zukünftige Funktion von Parlamenten haben, kann man am Schreibtisch sitzend nicht beurteilen. Wird es weiterhin der Ort von bindenden Mehrheitsentschlüssen sein? Darf richtige Politik ein falsches und verdrehtes Politikmachen qua Mehrheit unterbinden? Wie gewinnen dann Beschlüsse von Parlamenten Legitimation und für wen sind sie verbindlich? Könnte es nicht aber auch sein, dass Parlamenten dann andere, heute noch nicht sichtbare Funktionen zuwachsen werden?

Antworten auf diese Fragen müssen auf dem Wege einer zukunftsöffnenden Politik gefunden werden, nicht vorher. Da eine solche Politik aber die grundsätzlichen Probleme unserer Zeit aufgreifen muss und will, kann sie auch nichts anderes erwarten als grundsätzliche Veränderungen. Und das schließt die Veränderung der Politik selbst ein.

Anmerkungen:

[1] Die Annahme, dass das Richtige nicht erkennbar ist, also alles Erkante falsch ist, fällt unter ihr eigenes Verdikt.

[2] Hier sei nur auf die weitgehend bekannte Tatsache hingewiesen, dass er sowohl die zunehmende Bedeutung des Finanzkapitals als auch die des Wissens als Produktionskraft für praktisch unabwendbar gehalten hat.

[3] Nach Barack Obamas Wahl wurde ihm das Nichteinhalten von Wahlversprechen mit dem allorts akzeptierten Hinweis nachgesehen, dass man in Wahlkämpfen „alles Mögliche“ verspreche. Zumindest die amerikanische Öffentlichkeit scheint zu wissen, dass in Wahlkämpfen nur scheinbar politische Ziele gesetzt werden.

[4] Dies ist eine Forderung, die bekanntlich schon im Kommunistischen Manifest erhoben worden ist.

## **Der gerechte, konsequente Weg zum Klimaschutz durch die Ausgabe von Energieressourcengeld an alle EndverbraucherInnen**

**Franz Groll**

In der Ausgabe 4/09 der Tarantel habe ich aufgezeigt, dass das BGE nur dann finanzierbar ist, wenn es nur von wenigen als alleinige Einkommensquelle genutzt wird und wenn es nicht zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) führt. Die bessere Lösung ist die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und allen Menschen, auch denen mit geringer Leistungsfähigkeit, eine angemessene Arbeit anzubieten und so zu entlohnen, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ich habe aufgezeigt, dass das

Ziel der Vollbeschäftigung wegen des demographischen Wandels und aufgrund der Notwendigkeit des ökologischen Umbaus unserer Wirtschaftsweise in wenigen Jahren eintreten wird, wenn die Maßnahmen für den Klima- und Ressourcenschutz mit der erforderlichen Dringlichkeit eingeleitet werden.

### **Der Klimaschutz duldet keinen Aufschub**

Die Beobachtungen über den Klimawandel machen es immer deutlicher: Wir laufen Gefahr, dass die Erde in weiten Bereichen unbewohnbar wird, teils durch die Ausbreitung der Wüsten, teils durch Überflutung, weil sich der Anstieg des Meeresspiegels durch das Schmelzen des Eises auf Grönland und auf der Westantarktis beschleunigt. Der UNO-Klimarat hat ermittelt, dass wir in den nächsten 40 Jahren den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf 2 t/Person reduzieren müssen, um den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen. Heute stoßen wir in Deutschland 12,3 t/Person aus. Wir müssen unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß jedes Jahr um 4,4 % reduzieren, um das Klimaschutzziel zu erreichen. Dazu sind riesige Investitionen erforderlich. Egal mit welchen Maßnahmen die Klimaschutzinvestitionen initiiert werden, die Aufwendungen werden höher sein als die Einsparungen, wenn es anders wäre, wären diese Investitionen schon in der Vergangenheit getätigt worden. Die Folge werden Preissteigerungen sein.

Ich halte es für ausgeschlossen, dass wir dieses unabwendbare Klimaschutzziel allein mit Verordnungen oder mit planwirtschaftlichen Methoden erreichen können, weil wir noch gar nicht wissen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Fest steht, dass wir nur mit der Steigerung der Energieeffizienz und mit der vollständigen Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien das Ziel von 2 t CO<sub>2</sub>/Person nicht erreichen, denn allein bei chemischen Prozessen, bei der Verrottung von Kompost und in der Landwirtschaft fallen klimaschädliche Gase an, die 2,3 t CO<sub>2</sub>/Person entsprechen. Hinzu kommt der unvermeidliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Erzeugung von Stahl und Zement. Auch beim Luftverkehr, sowie beim Güternahtransport wird ein Antrieb mit erneuerbaren Energien nicht möglich sein.

Auch mit den bisherigen marktwirtschaftlichen Methoden, also z. B. mit einer CO<sub>2</sub>- oder einer Ressourcensteuer, können wir das Ziel nicht erreichen, weil sich dann die Vermögenden immer noch einen Luxusverbrauch leisten können, während Menschen mit geringerem Einkommen schon in Armut leben.

Der in der EU eingeführte CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel für die Unternehmen mit hohem Energieverbrauch kann das Problem ebenfalls nicht lösen, denn er erfasst weniger als die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, und er führt wegen seiner angebotsreduzierenden Wirkung zu Preissteigerungen, Extraprofiten und zu Spekulationsgewinnen, die die Menschen mit geringeren Einkommen in die Armut führen. Zusätzlich hat dieses System für Deutschland den Nachteil, dass es zu Arbeitsplatzverlagerungen führen wird, weil in

Deutschland der CO<sub>2</sub>-Ausstoß fast doppelt so stark reduziert werden muss wie z. B. in Frankreich.

Wir brauchen ein neues System, das folgende Anforderungen erfüllen muss:

1. Es darf die Energie bei unterem und mittlerem Verbrauch nicht verteuern, und es muss für diesen Personenkreis die durch Klimaschutzinvestitionen bedingte Preissteigerung ausgleichen.
2. Es darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen.
3. Es muss bei allen Produkten und Dienstleistungen die volle Transparenz über die bei ihrer Herstellung verbrauchte Menge an Energierohstoffen ermöglichen (tatsächlicher Energie-„Footprint“), damit wir alle, als Konsumenten und als Produzenten, mit unserer ganzen Kreativität unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten können.
4. Es muss die Limitierung des Energieverbrauchs bzw. des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ermöglichen.

Dieses Ziel wird durch die Weiterentwicklung des Vorschlags von Prof. Aubauer aus Wien erreicht: Es ist die Einführung einer parallelen Währung, mit der der Verbrauch an Energierohstoffen bezahlt werden muss.

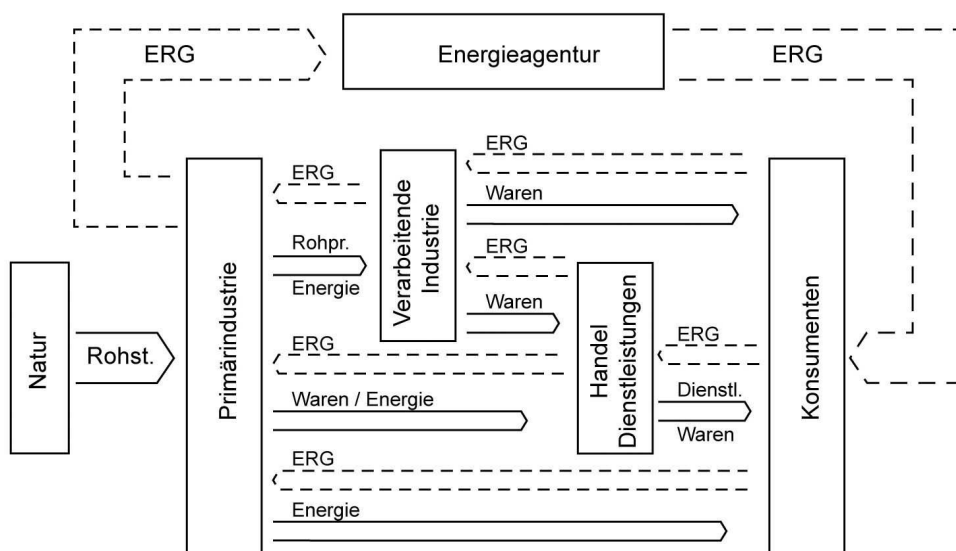
### **Beschreibung des Systems**

Jedes Unternehmen, das Energieressourcen aus der Natur entnimmt, muss neben dem Europreis zusätzlich den von einer öffentlich-rechtlichen Energieagentur festgesetzten Betrag an Energieressourcengeld (ERG) an die Energieagentur abführen. Das dafür erforderliche ERG erhalten die Unternehmen, indem sie für ihre Produkte und Dienstleistungen von ihren Abnehmern nicht nur Euros verlangen, sondern zusätzlich die verausgabte Menge an ERG erheben. Jedes Produkt ist dann zusätzlich zum Euro-Preis und der Mehrwertsteuer mit dem ERG-Preis ausgezeichnet.

Wie immer bezahlen alles die Endverbraucher. Dafür bekommen alle privaten und öffentlichen Haushalte von der Energieagentur kostenlos ERG in der Höhe zugeteilt, das dem jährlichen Durchschnittsverbrauch entspricht. Wer wenig Energieressourcen verbraucht, z. B. wer wenig Euro zur Verfügung hat, kann gar nicht alles zugeteilte ERG ausgeben, er oder sie kann es in Euro umtauschen, denn wer über überdurchschnittlich viel Euro verfügt und durch den Konsum viel Energierohstoffe verbrauchen will, muss Euro in ERG umtauschen, das von den Haushalten mit geringen Euro-Einkommen nicht verbraucht wird. Dieses System ist eine sehr elegante und gerechte Methode der Umverteilung von oben nach unten. Dieses System wird so auch zu einem ganz neuen Typ von bedingungslosem Grundeinkommen, der ganz allein von den Vielverbrauchern finanziert wird, eine weitere Umverteilung über Steuern ist nicht erforderlich.

Die Ausgabe des ERG erfolgt quartalsweise, halbjährlich oder jährlich. Von Jahr zu Jahr wird die Menge des im Umlauf befindlichen ERG so reduziert, dass das Klimaschutzziel von 2 t CO<sub>2</sub>/Person bis

## Kreislauf des Energie-Ressourcen-Geldes (ERG)



müssen, und zwar in der Höhe, wie sie bei bar zahlenden Kunden anstatt des ERG-Betrages Euro verrechnet haben.

Dieses System hat aber neben dem Nachteil der doppelten Preisverrechnung unübertreffbare Vorteile:

1. Die Sicherstellung der sozialen Gerechtigkeit; der Preis für die Energie steigt mit diesem System nicht an, er wird eher sinken. Geringverdiener werden daher nicht zusätzlich belastet, im Gegenteil: Sie

zum Jahr 2050 erreicht wird. Das ERG wird es nicht als Bargeld geben, es wird ausschließlich elektronisch bei der Bezahlung per EC- oder Kreditkarte abgebucht, und es wird bei Überweisungen als zweiter Betrag neben dem Euro verrechnet. Einzelhandelsgeschäfte, Taxis, Metzgereien und Bäckereien können bei Barzahlungen den ERG-Betrag mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro verrechnen, müssen dann aber regelmäßig die zusätzlich eingenommenen Euro in ERG umtauschen.

Dieses System wird in mehreren Phasen über einen Zeitraum von 4 - 5 Jahren eingeführt, damit der Kalkulationsaufwand für die Unternehmen minimiert und der Umgang mit dieser zweiten Währung erleichtert wird und die Banken die erforderlichen Veränderungen vornehmen können.

Der einzige Nachteil des hier vorgeschlagenen Lösungsansatzes liegt darin, dass der Verrechnungsaufwand steigt, und die Unternehmen müssen bei der Preiskalkulation den Energieressourcenaufwand bzw. den erforderlichen ERG-Preis separat ausweisen. Bei der heutigen Kalkulation müssen sie die Energiekosten zwar auch schon kalkulieren, aber nicht mit der Gründlichkeit, wie das bei diesem System erforderlich ist. Dieser Aufwand entsteht jedoch nur bei der Einführung des Systems und bei neuen Produkten. Da aber die Einführung mit einer Übergangszeit von 4 - 5 Jahren erfolgt, wird der Kalkulationsaufwand ganz erheblich reduziert. In dieser Zeit werden in den einzelnen Fertigungsstufen die tatsächlich benötigten ERG-Aufwendungen registriert und der nachfolgenden Produktionsstufe in Rechnung gestellt. Der Kalkulationsaufwand ist dadurch sehr gering. Es bleibt dann nur noch der Nachteil der separaten Rechnungsstellung. Da diese aber elektronisch abgewickelt wird, entsteht dabei praktisch kein zusätzlicher Aufwand. Effektiven Mehraufwand haben die Einzelhändler und Taxiunternehmen, die regelmäßig Euro gegen ERG umtauschen

werden ihr Euro-Einkommen durch den Umtausch eines Teils ihres ERG-Guthabens erhöhen und können damit die zu erwartende allgemeine Preissteigerung ausgleichen.

2. Die vollkommene Transparenz über den „Energie-Rucksack“ aller Produkte und Dienstleistungen führt zu einer freien Entfaltung der Kreativität von Unternehmen und KonsumentInnen zur Senkung des Verbrauchs an Energierohstoffen, und sie erlaubt eine planbare Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.
3. Durch die allumfassende Wirksamkeit dieses Systems werden nicht nur der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und der Energieverbrauch reduziert, es wird auch eine Reduktion des Flächenverbrauchs und der Verkehrsbelastung bewirken, und bei der Landwirtschaft wird sich der biologische Landbau durchsetzen. Da bei dieser Wirtschaftsweise weniger klimaschädliche Gase freigesetzt und Kohlenstoff im Humus gebunden wird, werden bei Bioprodukten die ERG-Preise deutlich niedriger liegen, dadurch steigt ihre Konkurrenzfähigkeit.
4. Dieses System ist national einföhrbar, hat aber auch eine globale Wirkung, weil auch Importeure für die importierten Waren ERG abführen müssen. Wegen der längeren Transportwege wird der ERG-Preis bei Importprodukten tendenziell höher sein, als bei regional produzierten Waren.
5. Der Klima- und Ressourcenschutz und die soziale Gerechtigkeit sind Grundvoraussetzungen zur Erreichung des Weltfriedens; dies wird mit diesem System am ehesten erreicht.
6. Dieses System ist gleichzeitig ein Lernvehikel für ein neues, postkapitalistisches System, das ohne Gewinnerwirtschaftung und ohne Zinsen und damit ohne Wachstum auskommen kann.
7. Die Wirkung dieses Vorschlags ist in allerhöchstem Maße gerecht, denn für die Nutzung der na-

türlichen Ressourcen, im besonderen der Energieressourcen, haben alle Menschen, die heute und die zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht. Deswegen ist es gerecht, wenn der Ressourcenverbrauch nicht frei ist und ein hoher Verbrauch mit steigenden Kosten verbunden ist.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit diesem System durch Einsparungen beim Rohstoffverbrauch, durch eine höhere Belastung der vermögenden Vielverbraucher und durch den Abbau der Arbeitslosigkeit finanziert.

*Fortsetzung zum Artikel „Das Bedingungslose Grundeinkommen – eine Stellungnahme und eine Alternative“, Tarantel Nr. 47, 4/2009*

## UMWELTNACHRICHTEN

### Ökologische Plattform Schleswig-Holstein gegründet

**Dettmar Grünefeld**

Am 6. Februar 2010 hat sich in Kiel die „Ökologische Plattform.Schleswig-Holstein“ gegründet. Nachdem auf dem Landesparteitag an dem Workshop „Umweltpolitik“ schon über 25 Leute teilnahmen, trafen sich am 6. Februar im Landesbüro etliche Mitglieder und Mandatsträger aus SH, um die Ökologische Plattform SH zu gründen. Ansprechpersonen sind: Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, Tel. 04531 85943, silke.mahrt@web.de und Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausacker, Tel. 04633 966624, dettmergruenefeld@hotmail.com.

Die neu gegründete „Ökologische Plattform.Schleswig-Holstein“ trifft sich an jedem zweiten Samstag im Monat ab 9.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in Kiel. Dabei haben sich die Gründungsmitglieder zwei Schwerpunktthemen vorgenommen. Zum einen soll mittelfristig ein eigenständiges ökologisches Profil für die LINKE in Schleswig-Holstein erarbeitet werden. Hier fand bereits eine breite Diskussion statt, in der einige Eckpunkte erarbeitet werden konnten. Wichtig ist für uns, Ökologie als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen, die sowohl die klassischen Bereiche wie Naturschutz, Energiepolitik und Landwirtschaft als auch Aspekte wie Änderung der Produktionsverhältnisse, Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und internationale Solidarität umfasst. Bei jeder Sitzung soll dieser Bereich weiter vertieft und konkretisiert werden.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit sehen wir jedoch die praktische ökologische Politik und die Unterstützung unserer Fraktionen im Land, in den Kreisen und Kommunen. So wollen wir Themen aufgreifen, die jetzt im Land und den Kommunen aktuell sind. Dafür

sind wir auf Informationen aus den Kommunalparlamenten angewiesen. Hier dient die Ökologische Plattform. Schleswig-Holstein auch dem Erfahrungsaustausch. Daher war es sehr erfreulich, dass zu den Gründungsmitgliedern auch viele Mandatsträger gehörten.

Auf ihrer nächsten Sitzung am 13. März wird sich die Ökologische Plattform.Schleswig-Holstein mit dem Thema „Fehmarnbeltquerung“ beschäftigen. Hier werden Fragen der Verkehrspolitik, des Schutzes der Ostsee und des Tourismus im Mittelpunkt stehen. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen, an unseren Sitzungen teilzunehmen und der Ökologischen Plattform.Schleswig-Holstein beizutreten.

### Nur softe Umweltthemen

**Norbert Suchanek**

Rio de Janeiro. Der brasilianische Journalist Fabrício Ribeiro Pimenta musste aus seiner Stadt im südostbrasilianischen Bundesstaat Espirito Santo fliehen, weil er über die gravierende Umweltverschmutzung einer Marmorfabrik in seiner Gemeinde schrieb. In Russland wurde der Journalist Michail Beketow fast zu Tode geprügelt und verlor ein Bein und mehrere Finger, weil er den Plan einer neuen, naturzerstörenden Autobahn quer durch ein noch intaktes Waldgebiet aufdeckte. Dem brasilianischen Umweltjournalisten Vilmar Berna im Staat Rio de Janeiro wiederum wurde als „Warnung“ eine halbverbrannte Leiche an den Strand vor seinem Haus geworfen.

Der jetzt veröffentlichte Bericht von Reporter ohne Grenzen „The dangers for journalists who expose environmental issues“ [1] listet exemplarisch 13 Fälle von Journalisten auf, die in jüngster Zeit bedroht, überfallen, ins Gefängnis gesteckt, von Klagen überzogen oder ermordet wurden, weil sie über Umweltverbrechen berichteten. Die zusammengetragenen Zahlen und Fakten sind erschreckend und liefern eine Erklärung dafür, dass allen Diskussionen um die globalen Bedrohungen wie Klimaerwärmung, Meeresspiegelanstieg und Biodiversitätsverlust zum Trotz nur relativ wenige Berichte über Umweltskandale aus und in den Ländern des Südens und Ostens verbreitet werden.

Im heutigen Brasilien beispielsweise sind Verbrechen an der Umwelt an der Tagesordnung: illegale Abholzungen, Fluss- und Meeresverseuchungen, Korruption im Zusammenhang mit Autobahn- und Straßenbau, neuen Fabriken, fehlenden Kläranlagen oder dem Bau neuer umweltzerstörender Tourismusressorts, illegale Abfall- und Giftmüllbeseitigung, die Nichtumsetzung oder Verwässerung von Umweltgesetzen, Landraub. Dass trotzdem nicht jedes Jahr Dutzende Fälle von unter Druck gesetzten, gefolterten oder ermordeten Umweltjournalisten bekannt werden, liegt aber nicht nur an einer gewissen Dun-

kelziffer, sondern ebenso an einer heutzutage – aus verständlichen Gründen – weit verbreiteten Schere im Kopf. Es gibt nur noch wenige Umweltjournalisten, die heiße Eisen kritisch anfassen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Massenmedien in Brasilien so gut wie keinerlei Interesse an Finanzierung und Unterstützung von investigativem Journalismus haben. Die Umweltberichterstattung beschränkt sich im wesentlichen auf „softe“ Themen wie Ökotourismus in Naturparks oder Plastikrecyclingprojekte in ärmeren Gemeinden. Deshalb ist das, was Leser, Fernsehzuschauer und Radiohörer tatsächlich von den Umweltfreveln Brasiliens – innerhalb und außerhalb des Landes – mitbekommen, nur die Spitze des Eisberges.

Quelle:

„M – Menschen Machen Medien“, 10/2009, Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) - <http://mmm.verdi.de/archiv/2009/10/kommentiert-aufgespiest>

## Biologische Vielfalt: Kuckuck, Klimawandel und das Jahr 2010

### Onlineartikel BUND

Biologische Vielfalt: „Kuckuck, Kuckuck ruft's aus dem Wald ...“ noch. Ob unsere Kinder in 20 Jahren noch dem Kuckuck lauschen können, ist fraglich. Durch den Klimawandel brüten inzwischen viele Singvögel früher als bisher. Nur den Kuckuck schert es bislang nicht. Er kommt aus Afrika heim wie gewohnt. Und damit vielleicht bald zu spät. Die unfreiwilligen Zieheltern für die Kuckuckseier könnten künftig schon mit ihrer Brut beschäftigt sein, wenn der Kuckuck wie gewohnt erst Mitte April anreist. Für das Kuckucksweibchen wäre es dann unmöglich, seine Eier unbemerkt ins fremde Gelege von Zaunkönig, Bachstelzen oder Rotkehlchen zu schmuggeln.

In den vergangenen zehn Jahren ist der europäische Kuckucksbestand um 25 Prozent geschrumpft. Welchen Anteil daran die zu späte Ankunft hat, wissen wir nicht. Das Beispiel zeigt: Die Beziehungen der Arten zueinander und zu ihren Lebensräumen sind unglaublich komplex. Und wir wissen in vielen Bereichen noch viel zu wenig, um sie zu verstehen.

Der Kuckuck ist Teil der biologischen Vielfalt (Biodiversität) – genau wie seine unfreiwilligen Zieheltern, wie die Bäume, auf denen sie ihre Nester bauen, und wie die Raupen, die er frisst. Dazu gehören auch all die anderen Tiere, Pflanzen, Pilze und Mikroorganismen ebenso wie die Vielfalt der Lebensräume (Ökosysteme), aber auch die Vielfalt innerhalb einer Art.

So wie der Kuckuck zum Frühling gehört, brauchen

wir Bienen, damit es im Herbst saftige Äpfel gibt, brauchen wir den Wald um die Luft zu filtern, die Flussauen, um uns vor Hochwasser zu schützen, Heilpflanzen, um unsere Gesundheit zu erhalten – und so vieles mehr. Biologische Vielfalt ist Grundlage unseres Lebens – und wir zerstören sie in rasantem Tempo.

Deshalb hat die UNO das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der Biodiversität erklärt. Es soll wachrüteln und helfen, endlich eine globale Allianz zum Erhalt der biologischen Vielfalt auf der Erde zu schaffen. Seit 1992 bemüht sich die Konvention zur Biodiversität (CBD) international darum, die Notwendigkeit des Schutzes der biologischen Vielfalt ganz oben auf die politische Agenda der Unterzeichnerstaaten zu rücken.

Quelle: [http://www.bund.net/bundnet/themen\\_und\\_projekte/biologische\\_vielfalt](http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/biologische_vielfalt)

## Koalition setzt beim Agrar-Haushalt falsche Signale

### Kirsten Tackmann

„Die Haushaltsmittel für das Bundesprogramm Ökolandbau müssen erhöht statt gesenkt werden“, fordert die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKEN, Kirsten Tackmann, anlässlich der Eröffnung der Biofach 2010 in Nürnberg. Tackmann weiter:

„Ausgerechnet kurz vor der weltweit größten Fachmesse zur ökologischen Nahrungsmittelproduktion beschließt die Regierungskoalition im Haushaltsausschuss des Bundestags eine deutliche Kürzung im Bundesprogramm Ökolandbau um ein Fünftel. Stattdessen sollen Agrar-Exportförderinitiativen finanziert werden. Das bedeutet zum Beispiel: Noch mehr überschüssiges deutsches Schweinefleisch, das mit Übersee-Futtermitteln erzeugt wird, die unter fragwürdigen ökologisch-sozialen Bedingungen produziert werden, soll über Tausende Kilometer auf den chinesischen Markt transportiert werden. Und das in Zeiten, in denen mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz hohe Priorität in der Agrarpolitik haben müssten. DIE LINKE dagegen fordert eine regional verankerte, auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtete Agrarpolitik. Deshalb hat Die LINKE beantragt, die 3 Millionen Euro für die Agrar-Export-Initiative zu streichen und das Bundesprogramm Ökolandbau (BÖL) von 16 auf 25 Millionen Euro aufzustocken. Noch ist Zeit, beim Bundesagrarhaushalt die richtigen Signale zu setzen.“

Quelle:

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, 17.02.2010 – <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1278701754>

## Klimawandel

### Geschichte von Jens Jansen

Es lag wohl an den Spätnachrichten zum Klimagipfel, dass ich mit quälenden Gedanken ins Bett ging und einen bizarren Traum hatte: Ich sah die Kanzlerin in einem grasgrünen Hosenanzug ans Rednerpult wackeln und verkünden: „Wir sind uns einig, dass sich die Erde bis zum Jahr 2050 nur noch um zwei Grad erwärmen darf!“ Darauf gab es stehende Ovationen und Sprechchöre wie: „Weisung aus der Merkelei: Erderwärmung nur plus Zwei!“ Die Big-Band der Bundeswehr spielte den Pop-Song „Es ist viel zu heiß!“. Die Kanzlerin trug fortan den Ehrentitel „Klimakanzlerin“.

Ich glaube, ich machte im Schlaf eine Verbeugung. Doch dann schoss mir plötzlich durch den Kopf: Weiß Mutter Erde eigentlich, dass ihr alle Staaten dieser Welt noch weiter einheizen werden – und die größten am meisten?

Ich wollte unbedingt mit ihr darüber reden. Aber wie geht das? Aus dem Weltraum hat man sie fasslich vor Augen. Doch die Fahrkarte kostet für Privatreisende in Baikonur Millionen. Einfacher wäre vielleicht, auf ihren Schoß zu kriechen. Der Einstieg könnte ein stillgelegtes Bergwerk sein. Wenn ich da hineinkrieche ...

Der Stollen war knietief voll Wasser. Ohne Helm gab es Beulen am Kopf. Die Taschenlampe wurde immer schwächer. Aber dann war ich ganz unten und rief: „Hallo, Mutter Erde!“, dann lauter „Hallooo!“ Aber die einzige Antwort war das Echo. Doch endlich kam ein Räuspern: „Wer krabbelt und krakeelt da auf meinem Bauch herum?“

„Ich bin's, einer von den sieben Milliarden Erdlingen, die dich bevölkern.“

„Und was willst du?“

„Ich habe gehört, du hast Fieber.“

„Wer sagt das?“

„Unsere Klimaforscher. Du hast schon 15 Grad Durchschnittstemperatur. Die letzten 12 Jahre waren die heißesten auf unserem Planeten. Und keine hundert Jahre weiter, dann bist du bei 18 Grad im Schnitt. Dann schmelzen die Eisberge, dann versinken die Küstenregionen, dann verdorren die Felder.“

„Ach Junge, vor 100 Millionen Jahren, als die Dinos auf meinem Buckel herumgetanzt sind, da gab es keinen Schnee und kein Eis, nur Grünzeug. Und der Meeresspiegel war so hoch wie der Kölner Dom! Und vor 500 000 Jahren kam die Eiszeit. Da lag das Wasser 100 Meter tiefer als heute. Da konntest du trockenen Fußes nach England laufen.“

„Aber beides waren doch Katastrophen, die wir heute nicht überleben könnten.“

„Umgekehrt: Ohne diesen Klimawandel und die Anpassung aller Lebewesen wären solche seltsamen Gewächse wie ihr gar nicht entstanden.“

„Willst du sagen, dass es dir leid tut, uns Menschen zu beherbergen?“

„Dumme Frage! Guck dir meine vielen Narben an.“

„Ich sehe, du hast Löcher auf den Armen wie von Spritzen.“

„Ich lass mich nicht spritzen. Das sind Bohrlöcher vom Öl.“

„Und die roten Flecken auf der Hüfte?“

„Das sind Verbrennungen aus den Wüsten, die mal Wälder waren.“

„Und die Geschwüre am Knie?“

„Das ist Krebs, oder wie ihr sagt: Hiroshima und Nagasaki.“

„Dein kleiner Finger ist auch ganz verschrammt.“

„Schnullifax! Das waren eure Kohlebagger in der Lausitz.“

„Darf ich mal fragen, wie alt du bist?“

„Hattest du keine Schule? Viereinhalb Milliarden Jahre! Das war – alles in allem – eine glückliche Zeit. Bis auf die letzten sechs bis acht Millionen Jahre.“

„Wieso?“

„Da kamen eure Vorfahren auf die Welt und damit die Kriege, die Gier, das Hauen und Stechen um jeden Erzkrümel, der unter meiner Haut liegt.“

„Das klingt ziemlich bitter.“

„Das ist bitter. Und du sagst, das soll noch eine ganze Weile so weitergehen?“

„Nö nö, die Merkel sagt ja, dass wir den Klimawandel bremsen werden.“

„Bremst sie denn die Ölkönige, die Autofabriken, die Bomber und all die Dreckschleudern? Ich kriege doch schon keine Luft mehr durch eure Abgase.“

„Nun ja, sie zahlt eine Abwrackprämie für alte Autos, aber frag' nicht, wieviel Sprit die neuen fressen. Und die Atomkraftwerke will sie auch rülpsen lassen.“

„Und so was nennt ihr ‚Klimakanzlerin‘?“

„Das wird ja alles gedrosselt bis 2050, sagt Frau Merkel.“

„Ich werde sie daran erinnern. Wie alt ist denn die Dame anno 2050?“

„Da muss ich rechnen ... fast 100 Jahre.“

„Dann liest sie keine Zeitung mehr! Außerdem, wenn sie wirklich ihre Wölfe zu Vegetariern umerziehen will, dann wird sie vorher aufgefressen.“

„Soll ich sie warnen?“

„Hört sie denn auf Leute wie dich?“

„Hast recht, auf dem linken Ohr ist sie taub. Ich geh weiterschlafen.“

„Aber nicht zu lange, sonst gibt es ein böses Erwachen für euch!“

*Quelle: Disput 11/2009*

# BÜCHERECKE

## Welt ohne Bienen

Daniel Hackenberg

*Ein oekonews-Buchtip: ein aufrüttelnder Bericht über das Aussterben einer Art*

Die deutsche Übersetzung des 2008 auf englisch erschienenen Werkes eines Londoner Autorenpaars stellt nüchtern Fakten und Tatsachen zusammen, die der Menschheit und ihrem Umgang mit der Honigbiene ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellen. Der Apis mellifera, so die wissenschaftliche Bezeichnung unserer westlichen Honigbiene, droht der Untergang. In die Zange genommen durch die Auswirkungen der vom Menschen fehlgeleiteten Entwicklungen in der Landwirtschaft wie Monokultur, industrielle Bewirtschaftung, genveränderte Saaten, Pflanzenschutz- und Insektenvertilgungsmittel, Bodenversiegelung und Verlust der Artenvielfalt einerseits und der heimtückischen Varroa-Milbe andererseits, kämpft die Jahrtausende alte Begleiterin der Menschheit ums Überleben.

Nun erfüllt sie aber in der heutigen Zeit eine noch viel wichtigere Aufgabe, als wertvollen Honig zu produzieren: Sie bestäubt alle Arten von Nutzpflanzen und Bäumen. Geschätzte 50 Milliarden Euro jährlich ist der Wert dieser Bestäubung, und es ist schier unvorstellbar, wie man ohne sie auskommen sollte. Dies wäre praktisch das Ende der Landwirtschaft und damit das Ende der Lebensmittelversorgung. Bemerkenswert, wie es der Agroindustrie gelingt, sich das eigene Grab zu schaufeln durch unbeirrtes Festhalten an mittlerweile unzeitgemäßen, ja anachronistischen Produkten, Konzepten und Vorgangsweisen wie „Schädlingsbekämpfung“ und „Vertilgung“. Die Autoren, die in London selbst einige Bienenstöcke halten, gewähren einen alarmierenden Einblick in die Welt der ca. 10 000 US-amerikanischen Berufsimker, die natürlich ebenso vom Aussterben bedroht sind. Ihr Bericht endet mit den klaren Sätzen: „Nur ein grundlegender Wandel in unserem Umgang mit der Honigbiene wird die Katastrophe verhindern. Wir sind es, die die Bienen durch Unwissenheit, nicht nachhaltige Ackerbaumethoden und den Einsatz gefährlicher Chemikalien töten. Es muss sich dringend etwas ändern. Aber können wir es schaffen?“

Gott sei dank sieht es in Europa mit seinen ca. 9 Millionen Bienenvölkern etwas besser aus - wohl auf Grund der Tatsache, dass in Europa kaum gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut werden.

Für Imker ist das spannend gehaltene Buch ein "Muss", für Umweltinteressierte wohl eine „Pflicht“, um den aktuellen Bedrohungen auf Augenhöhe zu begegnen.

*Alison Benjamin, Brian McCallum: Welt ohne Bienen: Wie das Sterben einer Art unsere Zivilisation be-*

*droht, Fackelträger-Verlag, Köln 2009, ISBN 978-3771644185, 19,95 €, 256 S.*

Quelle:

*www.oekonews.at – Non-Profit Online-Zeitung, 2304 Orth/Donau (Österreich) - www.oekonews.at/index.php?mdoc\_id=1047484*

## Ökologische Utopie für eine solidarische Zivilisation

Marko Ferst

*Robert Havemanns Buch „Morgen“ mit Hilfe der Ökologischen Plattform neu verlegt.* Robert Havemann war ein Sozialist mit kritischem Geist und entwickelte sich zu einem Ökologen. Am 11. März 2010 wäre er hundert Jahre alt geworden. Er stritt für einen „Berliner Frühling“, eine grundlegende Reform der Politbürokratie. Eine zweite revolutionäre Umwälzung hin zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz sei notwendig. Er forderte, dass der Artikel 27 der DDR-Verfassung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, endlich verwirklicht werden müsse. Diesen Aspekt fand man bei der größten Demonstration gegen die spätstalinistischen Zustände in der DDR am 4.11.1989 in hervorgehobener Form wieder. Havemann inspirierte durch sein unerschrockenes Handeln die Oppositionsbewegung in der DDR.

Er sah in der östlichen deutschen Republik einen Staat mit absolut pyramidalen Hierarchie, regiert durch das Diktat einer Clique von Parteifunktionären. An der Spitze steht ein Mann mit fast absolutistischer Herrschaftsmacht. Darunter gibt es stufenförmig einander untergeordnete Herrschaftsebenen. Havemann wollte Oppositionsparteien und -gruppen zulassen, forderte eine umfassende Freiheit der Medien. Für jedes Mandat in der Volkskammer sollten mehrere Kandidaten aufgestellt werden. Die Wahlentscheidung sollte nicht nur zwischen verschiedenen Parteien möglich sein. Er forderte zudem die Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Personen. Die Abgeordneten der Volkskammer sollten ihre Gedanken in freier Rede ausführen, ohne dafür bestraft zu werden und die Redemanuskripte zuvor genehmigen lassen zu müssen.

Nach seiner später auch publizierten Vorlesungsreihe „Dialektik ohne Dogma“ 1963/64 verlor er die Anstellung an der Humboldt-Universität und die SED-Parteimitgliedschaft. Die weitgehend philosophisch-naturwissenschaftlichen Ausführungen spickte der Professor mit Überlegungen wie - die Menschen in der DDR dürften nicht konfektioniert werden, man dürfte sie nicht den behördlich genehmigten Ansichten unterwerfen; wer die Folgen einer umfassenden uneingeschränkten Information fürchtet, zieht dadurch gerade unheilvolle Entwicklungen an, statt sie abzuwenden. Ungenehme Pressebeiträge Have-

manns in Westdeutschland führten am Ende zum Berufsverbot. Noch 1959 zeichnete man ihn als verdienten Wissenschaftler mit dem Nationalpreis der DDR aus. Doch die Enthüllungen des XX. Parteitag der KPdSU verändern allmählich seine Sicht, später kritisiert er selbst seine einstige Parteihörigkeit.

Havemann ließ sich den Mund von den SED-Oberen nicht verbieten. Er verfügte über Erfahrungen mit Widerstand. Einst half er untergetauchten Juden und arbeitete mit illegal organisierten Zwangsarbeitern zusammen, begründete die Widerstandsgruppe „Europäische Union“ mit. Verurteilt, sollte er wie seine Mitstreiter im Zuchthaus Brandenburg auf dem Schafott hingerichtet werden. Freunde erreichten für ihn einen Aufschub durch kriegswichtige Forschung. Noch in dieser Situation bastelte er in seiner Laboratoriumszelle ein Radio und fertigte eine illegale Zeitung für die Zuchthausgenossen.

Eine Vielzahl von politischen Beiträgen veröffentlichte Havemann international, nachdem er in Ungnade gefallen war, viele westliche Publizisten schrieben über ihn. Werner Theuer und Bernd Florath listeten dies in ihrer Bibliographie mit Havemanns nachgelassenen Texten akribisch auf. 1976 setzte man ihn für mehr als zwei Jahre unter Hausarrest. In Grünheide wurde der gesamte Straßenzug, in dem er wohnte, hermetisch abgeriegelt. Zeitweise ließen die DDR-Oberen ihn von mehr als 200 Personen operativ bewachen. 1979 beschlagnahmten die Organe seine Bibliothek und Arbeitsmittel. 10 000 Mark Strafe erlegten sie ihm aufgrund von einem im Westen publizierten Band auf. Katja Havemann und Joachim Widmann zeichneten in ihrem Buch „Robert Havemann - oder wie die DDR sich erledigte“ nach, wie sich der Belagerungsalltag bei soviel ungefragter Sicherheit gestaltete. Gewaltige 300 Aktenordner legte die Stasi an, um den prominenten Regimekritiker operativ zu bearbeiten.

Sein letztes Werk „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg“ dürfte neben Rudolf Bahros „Alternative“ zu einem der interessantesten politischen Bücher gehören, die in der DDR entstanden sind. Den verschiedenen Weltmächten empfahl Havemann, einseitig mit militärischer Abrüstung zu beginnen, um ein atomares Inferno abzuwenden. Er hielt in dem Band weder die östlichen noch die westlichen Systeme für fähig, auf Dauer eine zukunftsfähige Gesellschaft zu sichern. Havemann thematisierte die ökologische Zivilisationsproblematik 1980 wie kein anderer Autor aus der DDR. Nur Wolfgang Harich hatte in „Kommunismus ohne Wachstum“ erstmals die Frage nach den ökologischen Grenzen für die östlichen Systeme aufgeworfen, leider nicht ganz frei von stalinistischen Zügen. Havemann sah voraus, dass sich die ökologische Krise allmählich zu einer existentiellen Herausforderung für die Menschheit entwickeln würde.

Eine utopische Reise in eine umweltgerechte Zukunftsgesellschaft ist darüber hinaus weltweit nur von ganz wenigen Autoren versucht worden. Ein ähnliches Experiment stellte die Reisereportage „Ökoptopia“ von Ernest Callenbach aus den USA - mit einem eher anarchistischen Ansatz - dar. - Die Un-

terschiede, Gemeinsamkeiten und Zielkonflikte beider Entwürfe zu vergleichen, ist äußerst spannend.

In Havemanns Zukunft angekommen, gehören die Autolawinen der Vergangenheit an. Man lebt viel bescheidener, aber man lebt gut. Nur noch zehn Prozent des einstigen Energiebedarfs werden benötigt. Die Produkte wechseln nicht mit der nächsten Mode ihr Gesicht und halten viel länger als unsere Güter heute. Sie sind auf extreme Langlebigkeit getrimmt. Rüstungsindustrie und Werbung sind abgeschafft. Erneuerbare Energien sind zu finden, seine atomaren Fusionskraftwerke wird man hoffentlich nicht mehr bauen. Viele Produktionsprozesse laufen vollautomatisiert in wenigen Zentren auf dem Planeten ab. Zu fragen wäre, ob nicht die meisten Güter nur dann umweltgerecht hergestellt werden können, wenn sie regional produziert werden.

Lebenslanges Lernen und selbst ausgeübte Kultur und Kunst spielen in seinem Zeitsprung eine viel größere Rolle als heute. Es geht nicht um Zensuren lernen oder das Lernen, um als Arbeiter eingepasst zu funktionieren. Freie Bildung soll angeeignet werden. Das braucht keine Zensuren, Diplome und andere Titel. Frauen nehmen in Utopia wieder eine stärkere Rolle ein. Von einem neuen Matriarchat ist die Rede, das in vielerlei Hinsicht keine einfache Wiederholung des historischen sei. Offensichtlich sind die jahrtausendlang verfestigten patriarchalen Strukturen, doch vakant bleibt bei ihm, wie sich dies substantiell bis in die zivilisatorischen Tiefenschichten hinein auflösen lässt.

Havemann hielt den Wachstumszwang kapitalistischer Gesellschaften für ein zentrales Problem. Eine ökologische Rettung der Zivilisation würde jedoch stark schrumpfende Industriegesellschaften erfordern. In Politik und Programmatik der heutigen GRÜNEN oder der LINKEN sucht man vergeblich nach solch unbequemen Wahrheiten. Nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels - in den letzten Jahren stieg der globale Ausstoß an Treibhausgasen weltweit rasant an - könnte Havemann recht behalten: Ohne eine ausbeutungsfreie, ökologische Gesellschaft droht die Barbarei. Die archäologischen Befunde weisen auf den Untergang der Maya oder des altägyptischen Reiches durch großregionale natürliche Klimaänderungen hin - dies ist wörtlich zu nehmen.

In Utopia ist Nicht-Haben der Reichtum. Das Leben ist nicht mehr ein Kampf um das Haben von Sachen und Menschen. Ziel ist es auch, sich selbst zu verändern, stärker das hohe Leben ohne Handeln, ohne Absicht einzuüben. Genügsamkeit und Verzicht sind keine Tugenden, sondern die Voraussetzung aller Lebensfreude. - Havemann verstand ökologische Zukunftsforschung als eine kritische Auseinandersetzung mit der Welt, in der wir leben. Man möge mithelfen und weiterdenken, damit ein vielfarbigeres Bild entstehen kann und neue Ideen hinzukommen.

Als Ökologische Plattform bei der LINKEN legten wir aktuell den Band „Morgen“ neu auf, so dass er wieder im Buchhandel verfügbar ist. Bedauerlich ist, dass die große Mehrheit der Linken die ökologischen



Impulse von Havemann oder auch von Bahros „Logik der Rettung“ bisher nicht aufgenommen hat. Ich hatte schon Anfang der Neunziger Jahre einen ersten Kontakt zu Katja Havemann. Ein Beitrag von mir zu Havemann erschien damals in der PDS-Parteizeitung „Disput“, ein Exemplar gab ich ihr. 2004 besuchte ich an der Freien Universität Berlin ein Seminar zu Robert Havemann, bei der sie zu einer Veranstaltung eingeladen war. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete ich den Vorschlag, den Band „Morgen“ neu zu veröffentlichen. Dies stieß ihrerseits auf Zustimmung. Olf Dorlach aus Zwickau hatte den Band bereits auf eigene Initiative komplett eingescannt, damit war eine erste arbeitsaufwendige Hürde bereits genommen. Der Piper-Verlag gab grünes Licht und begrüßte eine neue Auflage. Finanziell wollte sich die Berliner Böllstiftung beteiligen. Daraus wurde dann leider nichts. Auch Anfragen an die Böllstiftung auf Bundesebene und die Rosa-Luxemburg-Stiftung blieben ergebnislos. So war die gestalterische Arbeit für den Band 2004 zu einem großen Teil fertig, aber das Projekt blieb aus finanziellen Gründen liegen. Da die Preise für Bücher in Kleinauflagen in den Folgejahren drastisch sanken, machte ich den Vorschlag, dass wir die Veröffentlichung über die Ökologische Plattform vornehmen. Götz Brandt unterstützte dankenswerterweise finanziell. Im Band wird auch auf die Arbeit der ÖPF verwiesen. Niemand von uns kann das Unrecht aus der Welt schaffen, das die SED und ihre Sicherheitsorgane damals gegenüber Havemann verübten. Aber Havemanns Gedanken und Zukunftsvisionen der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, ist eine klare und unmissverständliche Botschaft. Das Buch kann direkt bestellt werden. So kann man helfen, dass am Ende finanziell rote Zahlen vermieden werden, die ich in diesem Fall selbst trage.

*Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, Edition Zeitsprung, Berlin 2009, 14,90 €*

*Bestellung: marko@ferst.de (Porto frei)*

*Der Artikel ist eine erweiterte Fassung der Veröffentlichung in der Zeitung Neues Deutschland, 6.3.2010.*

## **Ein Lehrbuch für die Mobilität nach dem Öl**

### **Roland Schnell**

Das ist keinesfalls ein Buch, das man in einem Zug durchlesen kann. Im Aufbau erinnert es ein wenig an ein Schulbuch, in dem die Lerninhalte regelmäßig zu Kernsätzen zusammengefasst werden. Dazu tragen aber auch die mit großer Sorgfalt ausgewählten Fotos bei, die alles andere als nichtsagende Illustrationen sind. Diese ungewöhnlichen Ansichten veranschaulichen und vertiefen die Aussagen der Texte.

Die besonderen Vorzüge dieses Buches sind, dass es sich nicht auf den Autoverkehr beschränkt, sondern alle Facetten von Mobilität behandelt, und dass der Blick weit hinaus über die Grenzen des eigenen Landes geht. So wird der von Verkehrsexperten kaum beachtete „Rollator“ als „Mobilitätsrevolution“ für ältere Menschen bezeichnet, der die bislang geltende Maxime „schneller ist besser als langsamer“ in Frage stellt und andere Anforderungen an die Infrastruktur stellt. Die verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse in verschiedenen Lebensphasen müssten als gleichberechtigt anerkannt werden.

Natürlich findet man auch reichlich fachliche Information über Erschöpfung der fossilen Energiequellen, denn das Buch will ja ein „Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil“ sein. Dazu gehören auch Visionen über die Versorgung mit erneuerbaren Energien. Die alternativlose Einengung auf das Elektroauto ist verschmerzbar, da es nur noch den „Restverkehr“ abdecken soll, der nach dem Ausbau der Schiene im Nah- und Fernverkehr, der Umgestaltung der Siedlungsstruktur und der umfassenden Nutzung der elektronischen Kommunikation verbleibt.

Mit sieben „Leitplanken“ wurde die Orientierung auf die postfossile Mobilität strukturiert, wobei die 7. Leitplanke besonders hervorzuheben ist. Demnach solle die postfossile Mobilität eine „eigene Gravitation“ entwickeln und müsse deswegen „attraktiv und emotional ansprechend“ gestaltet werden. Ein Aspekt, der in der techniklastigen, auf Emissionen, Antriebe und Energieträger fixierten Debatte oft untergeht.

Das Buch ist in einem jahrelangen Prozess im Umfeld der Evangelischen Akademie Tutzing entstanden und konnte die Ergebnisse aus Projekten nutzen, die vom BMU, von der Bundesstiftung Umwelt und der dena gefördert worden sind. Die Autoren waren teils in der Industrie (Jörg Schindler, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik), teils in der Raumordnung (Gerd Würdemann) in hochrangigen Funktionen tätig. Das kann erklären, warum auch nicht die Spur einer systemkritischen Analyse zu finden ist, etwa zu den Interessen und zum Einfluss der Automobil- und Ölkonzerne. Der jetzige Zustand wird als „Erfüllung eines uralten Menschheitstraums“ beschrieben, und es wird die Hoffnung auf einen evolutionären Übergang in die postfossile Mobilität auf der Basis einer Einsicht aller Akteure in die Zusammenhänge genährt.

Im Anhang wird die Mobilitätsinitiative (moin) vorgestellt, über die die Vorarbeiten zu diesem Buch koordiniert wurden und die ein breitangelegtes Forschungsprogramm „Postfossile Mobilität“ auf den Weg bringen will.

*Jörg Schindler, Martin Held, Gerd Würdemann: Postfossile Mobilität. Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil, VAS Verlag für Akademische Schriften, Bad Homburg 2009, ISBN 978-3-888644221, 19,80 €, 301 S.*

## Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa

### Online-Artikel eurotopia

Mehr denn je sind vielfältige und kreative Alternativen zu unserem Gesellschaftsmodell gefragt, welches immer mehr seine Grenzen erfährt. Gemeinschaften und Ökodörfer können mögliche Alternativen und Inspirationen für unsere Zukunft bieten. Das eurotopia-Verzeichnis erzählt von den vielen Menschen in ganz Europa, die in unterschiedlichen Formen eigeninitiativ und selbstbewusst den immer drängender werdenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen ihre eigenen Visionen entgegensetzen. Sie entwickeln dabei ernst zu nehmende Lösungsansätze für existenzielle Fragen, die sich viele Menschen stellen.

Dieses Verzeichnis ist das umfassendste und aktuellste Werk über Gemeinschaftsprojekte in Deutschland und Europa. In der aktuellen, im November 2009 veröffentlichten Fassung des seit über 15 Jahren erscheinenden eurotopia-Verzeichnisses stellen sich fast 400 Gemeinschaften und Ökodörfer in 27 Ländern dar: mit ihren Visionen und Zielen, ihren Charakteristika und Besonderheiten. Sie geben damit den LeserInnen einen lebendigen Eindruck einer Lebensform, von der sich immer mehr Menschen einen Gewinn an Lebensqualität erhoffen.

Ein Buch, welches viele Fragen aufwirft und beantwortet wie: „In welchem Kontext stehen Gemeinschaften zur Gesellschaft? Wie gründet man erfolgreich eine Gemeinschaft? Was braucht Gemeinschaft, um lebendig und lebenswert zu bleiben?“ Auch praktische Fragen für an Gemeinschaft interessierte Menschen werden beantwortet: „Welchen Gemeinschaften kann man sich unter welchen Bedingungen anschließen? Welche Gemeinschaften empfangen arbeitende Gäste gegen Kost und Logis? Wie sind finanzielle Fragen in einzelnen Gemeinschaften geregelt?“

Die neue Ausgabe enthält:

- einen redaktionellen Teil mit Artikeln zum Thema „Leben in Gemeinschaft“;
- ausführliche Selbstdarstellungen mit Adressen von 390 Gemeinschaften, davon 54 Ökodörfern;
- übersichtliche Länderkarten, in denen die Gemeinschaften verortet sind;
- Beschreibungen von 26 Netzwerken von Gemeinschaften und Ökodörfern mit Adressen;
- Artikel zur Entwicklung der Ökosiedlungen global;
- nützliche Dienstleistungen rund um das Thema „Gemeinschaft“
- eine Bibliographie themenbezogener Literatur;
- einen ausführlichen Index.

Im vollständig neu verfassten redaktionellen Teil beleuchten verschiedene Autor/-innen das Thema „Leben in Gemeinschaft“. Schwerpunkt sind in dieser

Ausgabe Werkzeuge zum Aufbau und zur Gestaltung des Organismus „Gemeinschaft“. Es werden die Möglichkeiten der kollektiven Intelligenz von Gemeinschaft diskutiert und neue Entscheidungsstrukturen und Projektplanungsmethoden vorgestellt. Die Beziehung der Gemeinschaftsbewegung zur Gesellschaft wird kritisch betrachtet. Wissenschaftler schreiben über ihre Recherchen zum Phänomen „Gemeinschaft“. Und vieles mehr!

Das eurotopia-Verzeichnis ist ein inspirierender Wegweiser für Menschen, die in Gemeinschaft leben wollen oder bereits leben oder die schon immer mal einen Eindruck von der Vielfalt dieser Szene bekommen wollten. Ein Buch, das dazu anregt, sich über alternative Lebensformen Gedanken zu machen, und das durch mehrere Hundert „real existierende“ Beispiele Mut macht, diese Gedanken im eigenen Leben umzusetzen. Erfahren Sie mehr über das eurotopia-Verzeichnis durch Einblicke in verschiedene beispielhafte Seiten (auch als Download).

*Gemeinschaften & Ökodörfer in Europa, eurotopia, Beetzendorf 2009, 19,50 €, 544 S.*

Quelle: <http://eurotopia.de/einblicke.html>

## Perspektive ländlicher Raum: Leben in der Uckermark

### Bernd Hüttner

In diesem Band gilt das Interesse einem fast tot geglaubten Lebensumfeld: dem ländlichen Raum und seinen BewohnerInnen. Neue Arbeits- und Lebensformen bieten heute dort einer allmählich größer werdenden Zahl von Menschen berufliche und persönliche Perspektiven. Leben auf dem Land bezeichnet ein lebendiges soziokulturelles Handlungsfeld und ist in vielerlei Hinsicht damit ein interessanter Fokus für die Forschung, in dem sich manche der gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturveränderungen zeitlich und räumlich verdichten.

Angehende Europäische EthnologInnen der Humboldt-Universität Berlin haben sich deshalb im Rahmen eines Studienprojektes forschend unter dem Thema: „Nachhaltigkeit als Lebensform“ dem 300 EinwohnerInnen zählenden Ort Wallmow und seinem Umfeld in der brandenburgischen Uckermark zugewandt und dort die bestehenden kulturellen und sozialen Netzwerke untersucht. Wallmow steht gegen den Trend der Entleerung ländlicher Räume und für neuartige Formen ländlichen Zusammenlebens: Zuzug bestimmt die Bevölkerungsstruktur, Eigen- und Subsistenzarbeit jenseits der Erwerbsarbeit erlangen neue Bedeutung, eine Freie Schule ohne Schülermangel probiert selbständige Wege. Die Uckermark war in den 1980er Jahren am Wochenende die „Aussteiger-Region“ für die DDR-Staatsklasse, vor allem aus Berlin – nun gibt es neue EinwohnerInnen, die sich fest niederlassen. Als offe-

ne Frage bleibt: Wie können solche Potenziale genutzt werden, um in Brandenburg jenseits einer Politik mit „Speckgürtel“-Perspektive die Entwicklung von Lebensqualität und Wertschöpfung in den Regionen anzustoßen und weiterzubringen?

Nach dem Vorwort von Herausgeberin Leonore Scholze-Irrlitz widmet sich Martina Rudolph „neuen Lebensformen auf dem Land“, Anja Decker untersucht Eigenarbeit und Andreas Boyke und Mike Schmidt schreiben über „Grundschulen in Aktion“. Stefan Dietrich berichtet am Beispiel von „Land in Sicht e. V.“ über ein bundesweit ausgezeichnetes Modell vorbildhafter Gemeindepsychiatrie. Vanessa Pertsch schreibt zum Handwerk im dörflichen Wandel, Paul Buerschaper sehr kritisch zum mittlerweile auch schon historischen Programm der Dorferneuerung „von unten“.

Durch die Feldforschung vor Ort werden konkrete Informationen über die peripheren ländlichen Regionen gewonnen, die man sonst so nicht lesen kann.

*Leonore Scholze-Irrlitz (Hrsg.): Perspektive ländlicher Raum: Leben in Wallmow/Uckermark, Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge. Sonderheft 45, Lit Verlag, Berlin-Münster-Wien-Zürich-London 2008, ISBN 978-3825814410, 19,90 €, 200 S.*

## Können Könner die Umwelt retten?

**Roland Schnell**

Was mag „Die Könnensgesellschaft“ - so der Titel des aktuellsten Buches von Christine Ax - mit Umwelt und Naturschutz zu tun haben? Wenn der Untertitel „Mit guter Arbeit aus der Krise“ lautet, kann das auch mit einer Aufforderung zu mehr Energie- und Ressourcenverbrauch einhergehen.

Damit würde man aber der Autorin Unrecht tun, die sich als Philosophin und Ökonomin einführt und Vorträge zu Themen, wie „Maßproduktion statt Massenproduktion“ oder „Ökonomie der Nähe“ hält. Themen, deren Bedeutung für die Ressourceneffizienz zunehmend erkannt wird.

Das Buch beginnt mit einer vielleicht zu idyllisch ausgefallenen Beschreibung Japans in seiner 250 Jahre währenden Phase der selbstgewollten Isolation. Die Beschränkung auf die eigenen und noch dazu knappen Ressourcen in der Edo-Periode sei mit Wohlstand und Vielfalt, selbst in der Esskultur, verbunden gewesen. Es folgt ein spritzig geschriebener und mit eigenen Erlebnissen durchwobener Rundgang durch die Geschichte der Arbeit, der nicht bei einer Darstellung der „Ursachen der Krise“ stehen bleibt, sondern im letzten Viertel des Buches auch „Wege aus der Krise“ benennt.

Dabei stützt sich Christine Ax auf ihre früheren Arbeiten zur Rolle von Handwerk und Handwerkern, sowie die Region als Bezugsrahmen. An Beispielen

aus dem Alpenraum arbeitet sie heraus, dass die Wertschätzung für „gute Arbeit“ eher in konservativen Kreisen bewahrt wurde. Das schließt eine Kritik an der Linken und den Gewerkschaften ein, in deren Denken es keinen Platz für den „Homo faber“ gäbe und wo „Industrie zum Inbegriff von Leistungsfähigkeit, Effizienz, Erfolg und Modernität“ wurde. Durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse (Vergesellschaftung) hätten dann alle Probleme gelöst werden können.

Darauf antwortet Christine Ax mit einer „Ökonomie der Nähe“ und erwähnt, wie ein schon Anfang der 90er Jahre für Mecklenburg-Vorpommern entwickeltes Konzept zur Erschließung der endogenen Potenziale in den Schubladen der neoliberal gepolten Ministerialbürokratie verschwand. Jetzt, wo die Region durch die Abwanderung junger und dynamischer Fachkräfte geschwächt ist, wird es wieder ausgetramt.

Es macht Mut, dass sich überall dort, wo diese Rückbesinnung auf die Region stattfindet, viele Probleme anscheinend wie von selbst lösen: Biologische Vielfalt, Natur- und Landschaftsschutz, Umstellung auf erneuerbare Energieträger, Verkehrsvermeidung und öffentlicher Transport, sparsamer Umgang mit Material und Energie sind integraler Bestandteil des Konzepts. Und um das gut zu machen, braucht es ein gerüttelt Maß an „Können“.

*Christine Ax: Die Könnensgesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise, Rhombos Verlag, Berlin 2009, ISBN 978-3-938807-96-5, 29,80 €, 276 S.*

## Buchempfehlungen

### Zusammenstellung von Marko Ferst

#### **Gerd Rosenkranz Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt**

Ob es um das umstrittene Atomendlager Asse geht oder das störanfällige Kraftwerk Krümmel: Die Debatte um die Atomkraft nimmt kein Ende. Was bedeuten die beschlossenen Laufzeitverlängerungen für die Zukunft unserer Energieversorgung? Ist die Risikotechnologie Atomkraft etwa doch ein Mittel im Kampf gegen den Klimawandel? Der Journalist, Energie- und Umweltexperte Gerd Rosenkranz ermöglicht den Einstieg in die aktuelle politische und gesellschaftliche Diskussion um eine umkämpfte Technologie, beleuchtet die Argumente der Energieunternehmen ebenso wie die der erbitterten Atomkraftgegner und entzaubert die Mythen der Atomkraft.

*oekom verlag München 2010, ISBN 978-3865811981, 8,95 €, 109 S.*

## Lester R. Brown

### Plan B 3.0: So retten wir die Welt

Jeder kennt die Schlagzeilen: Klimakatastrophen, Hungersnöte, astronomische Energiepreise, aber auch Bürgerkriege mit Hunderttausenden Toten in gescheiterten Staaten. Sie alle sind ein klares Zeichen dafür, dass es längst keine Option mehr ist, einfach weiterzumachen wie bisher. Wir können nicht an Plan A festhalten, weil dadurch unsere Ökosysteme weiter zerstört werden und einem gefährlichen Klimawandel der Weg bereitet wird, was sich auch auf unsere Zivilisation und unsere politischen Systeme auswirkt und das Überleben der Menschheit bedroht. Es ist höchste Zeit für einen Plan B. Und um genau den geht es in diesem Buch. Der Autor formuliert dazu vier große Ziele: Stabilisierung der klimatischen Verhältnisse, Stabilisierung der Bevölkerungszahlen, Ausrottung der Armut und Wiederherstellung der Ökosysteme der Erde und stellt Pläne zur Umsetzung dieser Ziele vor. Und es gibt eine gute Nachricht: Wir verfügen bereits über die nötigen Technologien zur Umstrukturierung der weltweiten Energiewirtschaft und zur Stabilisierung des Klimas. Die Herausforderung besteht darin, den politischen Willen aufzubringen, sie umfassend zu nutzen. Die Rettung unserer Zivilisation ist kein Zuschauersport. Jeder von uns kann und muss dabei mitwirken. Packen wir es an!

*Kai Homilius Verlag, Berlin 2008, ISBN 978-3897063068, 14,80 €, 360 S.*

## Hans Müller

### Im Reich des Eisvogels

Lebendige Gewässer und Auen sind das Reich des Vogels des Jahres 2009, der wegen seiner Farbenpracht gern als „fliegender Edelstein“ bezeichnet wird. Der Naturfilmer Hans Müller hat den Eisvogel über viele Jahre beobachtet. Seine Filmleidenschaft begann mit dem erfolgreichen Bemühen, ihm einen artgerechten Lebensraum zu gestalten, um ihn wieder heimisch zu machen. Er sorgte durch ständiges Aussetzen von Kleinfischarten für ein fischreiches Gewässer und veränderte die Uferböschung so, dass der farbenprächtige Vogel seine Bruthöhle in die nun steile Uferabbruchkante graben konnte. Die Anstrengung hat sich gelohnt, denn der Eisvogel suchte immer öfter den Teich auf und begann dort zu brüten. Diese erstaunliche Entwicklung hielt Müller mehr als zehn Jahre mit der Kamera fest. Was zunächst nur für den Hausgebrauch gedreht wurde, entwickelte sich zu einem in der Fachwelt des NABU anerkannten Film.

*Dokumentarfilm, 2009, 10 €, 38 min*

Bestellung: Hans Müller, Wilhelm-Kröger-Str. 11, 29345 Unterlüß, Tel. 05827 7417

## Korrektur zu Tarantel Nr. 47

Das Buch:

### Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte

stammt nicht von Franz Alt, wie irrtümlich über den Titel gerutscht ist, sondern wurde – wie ja auch im Text stand – im Auftrag von Brot für die Welt, BUND und Evangelischem Entwicklungsdienst durch das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie erarbeitet.

## Verschmutzungsrechte

### Gedicht von Ruth Karoline Mieger

Wer handelt  
für die Bewohner des Planeten Erde  
wenn Verschmutzungsrechte  
von den Reichen  
an die Reichen der Armen  
verkauft werden?

Wer reinigt  
den Planeten Erde  
wenn der Schmutz der Reichen  
die Armen der Armen  
erreicht?

Wer kauft  
von den Armen der Armen  
die Reinigungspflichten?

Der Planet Erde  
handelt  
nicht mit Menschen

Das Universum  
verhandelt nicht  
mit Planeten

*Quelle: Herzhände. Gedichte*

# LESERBRIEFE

## Konferenznotizen

**Petra Beck, Berlin**

Am 13./14. März nahm ich als Vertreterin der ÖPF an der Konferenz „Ökologie und Sozialismus“ der Bildungsgemeinschaft Salz e. V. in Kassel teil. Ich möchte auf deren Webseite

[www.bildungsgemeinschaft-salz.de](http://www.bildungsgemeinschaft-salz.de) verweisen, wo man die Tagesordnung und weitere Materialien nachlesen kann. Einige ReferentInnen und ihre Positionen kannte ich bereits von unseren Konferenzen und der Arbeit in der ÖPF.

Ich war überrascht, dass der Teilnehmerkreis sich von München bis Greifswald erstreckte.

Wissenswert: Viele MitstreiterInnen trafen sich bereits vor 30 Jahren zum selben Thema in Kassel. So blieb es nicht aus, dass man im Resümee durchaus kritisch auf diese Entwicklung einging.

Wir wenigen Ostdeutschen, die man auch noch nach 20 Jahren sofort heraus erkennt, waren nun das erste Mal dabei und können durchaus von den Erfahrungen der ökologischen Westlinken profitieren. Das Gleiche würde ich mir aber auch mit unseren DDR-Erfahrungen wünschen, die eben nicht so Schwarz-Weiß sind, wie sie in den Medien dargestellt werden. In den Pausen stellte ich fest, dass auch linke Intellektuelle ein sehr fest zementiertes Bild haben, von dem sie nicht abweichen wollen.

Der Sonnabend war mehr den theoretischen Grundlagen wie z. B. Planung und Ökologie vorbehalten, und am Sonntag berichteten AktivistInnen über ihre Arbeit in Bürgerinitiativen.

Auch auf eine Abschlusserklärung, die sich ausdrücklich auf die Erklärung vom 9. Weltsozialforum in Belem bezog, einigte man sich nach einer lebhaften, auf Konsens ausgerichteten Diskussion.

Ich denke, zukünftig sollten wir die Kompetenzen und Kontakte von Salz für unsere Bildungsarbeit nutzen. Für mich war es jedenfalls ein spannendes Wochenende.

## Verkürzung der Arbeitswege durch staatlich unterstützten Arbeitsplatztausch

**Michael Dressel, Berlin**

Ein großer Teil sowohl des individuellen als auch öffentlichen Straßenverkehrs als auch mit anderen Verkehrsmitteln erbrachten Personenverkehrs ist mit den z. T. erheblichen Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsorten verbunden. Häufig kommt es vor, dass ein Arbeitnehmer im Ort A wohnt und über

200-mal pro Jahr zum Arbeitsort B fährt, während ein im selben Beruf Tätiger, ähnliche Arbeiten Ausführender, im Arbeitsort oder dessen Nähe des erstgenannten Arbeitnehmers wohnt, aber die Arbeitsstelle in der Nähe des Wohnortes des anderen Arbeitnehmers aufsuchen muss. Diese wiederholten Fahrten verbrauchen enorme Ressourcen. Als Beispiele seien genannt:

- Verschleiß der Verkehrsmittel durch hohe Kilometerleistung;
- Energieverbrauch z. B. Kraftstoff;
- Aufwendungen zur Erweiterung (z. B. Ortsumgehungsstraßen, Erhöhung der Anzahl der Fahrspuren) bzw. Instandhaltung des Straßennetzes;
- Anschaffung eines privaten Fahrzeuges, das ohne Arbeitsweg evtl. nicht erforderlich wäre.

Außerdem ist der Weg zur Arbeit zeitaufwendig, birgt Unfallrisiken in sich usw. In zahlreichen Berufen (die bundesweit jeweils durch Zehntausende Arbeitnehmer ausgeübt werden) könnte ein Arbeitsplatztausch, bei dem die Entfernung zwischen Arbeits- und Wohnort verringert wird, enorme Ressourcen sparen, mehr Freizeit für die Tauschpartner bewirken und sogar den Arbeitgebern ausgeruhtere Angestellte „bescheren“. Jeder Wechsel des Arbeitsplatzes ist mit gewissen Risiken verbunden. Folgendes Herangehen würde jedoch die Bereitschaft und realen Möglichkeiten zum Arbeitsplatztausch verbessern: An einem Arbeitsplatztausch mit dem Ziel der Verkürzung des Arbeitsweges Interessierte informieren eine dafür zuständige Behörde (könnte z. B. Arbeitsagentur sein). Falls ein sowohl beide Arbeitnehmern als auch beiden Arbeitgeber geeignet erscheinendes „Tauschpaar“ anhand des Abgleichs der eingereichten Unterlagen durch die Behörde gefunden wurde, werden alle 4 potentiell Beteiligten elektronisch oder postalisch informiert. Sollte allseitiges Interesse vorliegen, wäre ein gemeinsames Gespräch in der Behörde zweckmäßig. Es könnten sich Besichtigungen des möglichen zukünftigen Arbeitsplatzes anschließen. In jedem Falle sollte ein kurzer Probearbeitszeitraum vereinbart werden. Falls auch nach diesem allseitig Interesse am Arbeitsplatztausch besteht, könnten die arbeitsvertraglichen Schritte unter Federführung der Behörde realisiert und der praktische Arbeitsplatztausch vollzogen werden. Der Tausch kommt nur dann zustande, wenn beide Arbeitnehmer und beide Arbeitgeber einverstanden sind!

Was könnte den Arbeitnehmer trotz bisherigen langen Arbeitsweges von jeglichem Arbeitsplatzwechsel abhalten? Neben psychologisch-soziologischen Fragen (bin ich den etwas anderen Anforderungen gewachsen, werde ich mich im Team wohl fühlen) dürfte die Frage des Kündigungsschutzes besonders bei Arbeitnehmern mit mehrjähriger Betriebszugehörigkeit eine große Rolle spielen. Um den auch in ökologischem und gesellschaftlichen Sinne handelnden Arbeitnehmern eine arbeitsrechtliche Sicherheit zu geben, muss bei dieser Art des Wechsels des Arbeitgebers die beim Arbeitgeber vor dem Tausch erreichte Betriebszugehörigkeit unbedingt durch den Arbeitgeber nach dem Tausch anerkannt werden.

Ohne diese Klausel könnte von Arbeitgebern unter ökologischem Deckmäntelchen arbeitsrechtlich problemlos und relativ kurzfristig Personal abgebaut werden. Falls der Vorschlag des Arbeitsplatztausches anstrebenswert erscheint, sollten unbedingt die Gewerkschaften „mit ins Boot geholt“ werden. Potenzielle Ablehner der Arbeitsplatztauschidee würden wohl all jene sein, die Wachstum um jeden Preis wollen und denen eine Reduzierung des Ressourcenverbrauches ein Greuel ist. Dazu rechne ich zumindest die Automobilbranche, Straßenbau und die Ölmultis.

## Zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen

**Reinhard Dahm, Bad Ems**

In der letzten Tarantel Nr. 47 veröffentlichte Franz Groll, ausgewiesen als Mitglied des Sprecherrates der ÖPF, unter dem Obertitel „Grundpositionen“ „Das bedingungslose Grundeinkommen – eine Stellungnahme und eine Alternative“. Schon der erste Satz „Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ist eine Folge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit und der damit häufig auftretenden Repressionen und Demütigungen der betroffenen Menschen“ irritiert.

Das Grundeinkommen ist eine alte Idee, die sich bis zu Thomas Morus zurückverfolgen lässt. So angesehene Persönlichkeiten wie Charles Fourier, Bertrand Russel, Erich Fromm, Ralf Dahrendorf und die Nobelpreisträger Jan Tinbergen, James Meade und James Tobin sind für sie eingetreten. Weiter geht es in seinem Text mit „Ohne das Versagen der Wirtschaftspolitik, also ohne die langanhaltend hohe Arbeitslosigkeit, hätte es diese Forderung nach einem BGE gar nicht gegeben“.

Aus - selbst eingeräumt - nicht umfänglich bekannten Argumenten von „Gewerkschaftskreisen“ und Vermutungen schließt er dann, dass sie „deshalb zu Recht eine gute Entlohnung für gute Arbeit“ fordern. Was nicht unbedingt etwas mit einem BGE zu tun hat. Weiter geht es mit BGE und Schwarzarbeit, die dann „letztendlich das BGE zu Fall bringen würde“. Dann folgen Glaubensbekenntnisse, dass Vollbeschäftigung möglich sei und dass wir „unseren Lebensstandard halten können ... trotz der zusätzlichen Aufwendungen für den Ressourcen- und Klimaschutz“. Und das Heilsversprechen, „Methoden zur Zukunftsfähigkeit“ in Kürze darzustellen. Schon der erste Satz zeigt, dass er sich mit der Diskussion um ein BGE nicht ernsthaft beschäftigt hat. Die von ihm gebrachten Gegenargumente sind die, die man an jedem Stammtisch .... hören kann: „nicht finanzierbar, und dann werden zu viele faulenzten“.

Dort gehören Diskussionen zum BGE auf diesem Niveau nach meiner Meinung auch hin. Die ÖPF wurde

1994 gegründet, um innerhalb der Partei (PDS/Linke) ökologische Positionen einzufordern. Inwieweit das eine Positionierung der ÖPF zum BGE fordern könnte, sei dahingestellt, und auch, ob die angekündigten Grollschen Methoden zur Zukunftsfähigkeit tiefschürfender begründet sein werden. In der Sitzung des Koordinierungsrates der ÖPF am 10.10.2009 „bestand Einigkeit, dass Flugblätter zu Grundpositionen einer besonderen Sorgfalt bedürfen“.

Die gilt meines Erachtens nicht nur für Flugblätter. Auf der Ebene von „Gefühltem“ und „Gemeintem“ und „nicht im Detail Bekanntem“ ist schwer zu argumentieren und das soll hier auch nicht geschehen. Das Anliegen ist, klarzustellen, dass der unter „Grundpositionen“ veröffentlichte Artikel von Franz Groll keine Grundposition der ÖPF darstellt.

*Anmerkung der Redaktion:*

*Bei einem Leserbrief zu diesem Thema würden wir uns substantielle Beiträge, die uns in der Diskussion weiterbringen, wünschen.*

*Wer die Tarantel nicht nur flüchtig liest, kann schon im Impressum lesen, dass die Beiträge zuallererst die Meinungen der Autoren darstellen. Vom Sprecher- bzw. Koordinierungsrat abgestimmte Stellungnahmen und Beschlüsse waren bisher auch immer als solche erkenntlich, insofern verwundert das Anliegen des Verfassers schon.*

*Nichtsdestotrotz haben wir uns entschlossen, damit solche Fehlschlüsse nicht mehr auftreten können, zukünftig nähere Angaben zu den Autoren grundsätzlich am Ende der Zeitschrift gebündelt aufzuführen.*

*Die große Einteilung nach Schwerpunkten erfolgt durch die Redaktion zur Orientierung der Leser. Den Begriff Grundpositionen benutzen wir für grundlegende, vor allem auch theoretische Überlegungen.*

*Da es von der BAG Grundeinkommen vor einiger Zeit die Anfrage gab, zusammen mit der Ökologischen Plattform eine Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen, ergab sich die praktische Notwendigkeit, sich damit zu befassen. Auch in dieser Tarantel steht ein Artikel dazu, und in der nächsten Tarantel wollen wir nochmals einen Artikel platzieren, der insbesondere den Zusammenhang mit ökologischen Aspekten zusammenfassend beleuchtet.*

---

## Autorenangaben

Beck, Petra: Sprecherrat der ÖPF  
Brandt, Götz: Sprecherrat der ÖPF  
Bulling-Schröter, Eva: Umweltpolitische Sprecherin der BTF DIE LINKE, Vorsitzende Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Dahm, Reinhard: Koordinierungsrat der ÖPF  
Ferst, Marko: Koordinierungsrat der ÖPF  
Groll, Franz: Sprecherrat der ÖPF  
Tackman, Kirsten: Mitglied BTF DIE LINKE  
Wils, Sabine: Abgeordnete der LINKEN im Europaparlament

## Inhaltsverzeichnis

		Ökologische Utopie für eine solidarische Zivilisation <i>Marko Ferst</i>	21
IN EIGENER SACHE	1		
Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform	1	Ein Lehrbuch für die Mobilität nach dem Öl <i>Roland Schnell</i>	23
Wahl der Parteitagsdelegierten der Ökologischen Plattform	1	Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa <i>Online-Artikel eurotopia</i>	24
Sitzung des Koordinierungsrats der Ökologischen Plattform am 09.01.2010	1	Perspektive ländlicher Raum: Leben in der Uckermark <i>Bernd Hüttner</i>	24
KLIMA UND ENERGIE	2	Können Könnner die Umwelt retten? <i>Roland Schnell</i>	25
Im Klimaschutz läuft die Zeit davon <i>Eva Bulling-Schröter</i>	2	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst</i>	25
EU-Europa wartet und wälzt ab <i>Gespräch mit Sabine Wils</i>	4	Verschmutzungsrechte <i>Gedicht von Ruth Karoline Mieger</i>	26
Deutschland und Europa haben sich verzockt <i>Eva Bulling-Schröter</i>	6	LESERBRIEFE	27
Nur ein leeres Endlager ist ein sicheres Endlager <i>Heiko Balsmeyer</i>	7	Konferenznotizen <i>Petra Beck, Berlin</i>	27
POLITIK UND WIRTSCHAFT	8	Verkürzung der Arbeitswege durch staatlich unterstützten Arbeitsplatztausch <i>Michael Dressel, Berlin</i>	27
Umwelt sitzt am Katzentisch. Umweltorganisationen mahnen in 100-Tage-Bilanz der neuen Regierung stärkeres Umweltengagement aller Ressorts an <i>Presseerklärung von BUND, DNR, Greenpeace, NABU und WWF, 04.02.2010</i>	8	Zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen <i>Reinhard Dahm, Bad Ems</i>	28
Die Linke muss gleichermaßen sozial wie ökologisch sein <i>Götz Brandt</i>	10		
Das Wirtschaftsgeschehen hat eine Zeitachse <i>Interview mit Jacques Grinevald</i>	11		
GRUNDPOSITIONEN	12		
Überlegungen zur Systemveränderung <i>Friedrich W. Sixel</i>	12		
Der gerechte, konsequente Weg zum Klimaschutz durch die Ausgabe von Energieresourcengeld an alle EndverbraucherInnen <i>Franz Groll</i>	15		
UMWELTNACHRICHTEN	18		
Ökologische Plattform. Schleswig-Holstein gegründet <i>Dettmar Grünefeld</i>	18		
Nur softe Umweltthemen <i>Norbert Suchanek</i>	18		
Biologische Vielfalt: Kuckuck, Klimawandel und das Jahr 2010 <i>Onlineartikel BUND</i>	19		
Koalition setzt beim Agrar-Haushalt falsche Signale <i>Kirsten Tackmann</i>	19		
Klimawandel <i>Geschichte von Jens Jansen</i>	20		
BÜCHERECKE	21		
Welt ohne Bienen <i>Daniel Hackenberg</i>	21		

## Impressum

### Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
oekoplattform@die-linke.de  
www.oekologische-plattform.de

### Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

### Redaktion:

zeitschrift-oekoplattform@web.de  
(ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 23.03.2010

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren.

### Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplattform@web.de

### Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000  
C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

## Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

### Bundesebene

#### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de), [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)  
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, [manfredwolfberlin@gmx.de](mailto:manfredwolfberlin@gmx.de)  
Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)  
Marko Ferst, [marko@ferst.de](mailto:marko@ferst.de)  
Götz Brandt, [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)

#### BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, [w.methling@dielinke.landtag-mv.de](mailto:w.methling@dielinke.landtag-mv.de)

#### Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485  
[eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de](mailto:eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de)  
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166, [dorothee.menzner@bundestag.de](mailto:dorothee.menzner@bundestag.de)  
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, [ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)  
Sabine Stüber, MdB, Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz; Tel. 030 227-72138, Fax 030 227-76138, [sabine.stueber@bundestag.de](mailto:sabine.stueber@bundestag.de)

#### E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler ÖPF und BAG Umwelt-Energie-Verkehr  
Aufnahme über [info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de)

### Landesebene

#### Baden-Württemberg LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, [mail@wolfgangkaemmerer.de](mailto:mail@wolfgangkaemmerer.de);  
Anne Rahlfs, [anne.rahlfs@linkspartei-bw.de](mailto:anne.rahlfs@linkspartei-bw.de)  
Franz Groll (Koordinierungsrat ÖPF Bund), [Franz.Groll@gmx.de](mailto:Franz.Groll@gmx.de)

#### Bayern LAG Umwelt

Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, Fax 0841 8814230, [eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de);  
Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

#### Berlin LAG Umwelt

Marion Platta (MdA, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515, [platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

#### Brandenburg LAG Umwelt

Peter Engert (Sprecher), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361 344351  
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, [carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

#### Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, [klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de](mailto:klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de)

#### Hamburg LAG Umwelt

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, [g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de)  
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, [dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de](mailto:dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de)

#### Hessen ÖPF Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, [hajo.zeller@web.de](mailto:hajo.zeller@web.de)  
Marjana Schott (MdL, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, [m.schott@ltg.hessen.de](mailto:m.schott@ltg.hessen.de)

#### Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, [w.griese@dielinke.landtag-mv.de](mailto:w.griese@dielinke.landtag-mv.de)

Birgit Schwabs (MdL, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203 63519, [b.schwabs@dielinke.landtag-mv.de](mailto:b.schwabs@dielinke.landtag-mv.de)

### Niedersachsen

Kurt Herzog (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, [kurt.herzog@lt.niedersachsen.de](mailto:kurt.herzog@lt.niedersachsen.de)  
Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, [Hpbobrusso@aol.com](mailto:Hpbobrusso@aol.com)  
Ulrich Steinmeyer (LAG Umwelt-Energie-Verkehr), Am Oser 5, 27283 Verden, Tel. 04231 937960, 0179 4727893, [info@ulrichsteinmeyer.de](mailto:info@ulrichsteinmeyer.de)

### Nordrhein-Westfalen ÖPF Nordrhein-Westfalen

[www.oepf-nrw.de](http://www.oepf-nrw.de)  
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, [ralfhenrichs@gmx.de](mailto:ralfhenrichs@gmx.de)

### Rheinland-Pfalz

Angelika Jürgensonn-Korjenic (AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler), Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, [angelika62de@yahoo.de](mailto:angelika62de@yahoo.de)

### Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, [dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de](mailto:dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de)

### Sachsen ADELE – ÖPF Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)  
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, [micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de)  
Dr. Reinhard Natke (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174 98484127, [drnatke@web.de](mailto:drnatke@web.de)  
Dr. Jana Pinka (MdL, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, [jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de),  
Dr. Monika Runge (MdL, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, [monika.runge@slt.sachsen.de](mailto:monika.runge@slt.sachsen.de)

### Sachsen-Anhalt AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, Fax 0345 29418-64  
Angelika Hunger (MdL, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, [angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Andre Lüderitz (MdL, Sprecher Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, [andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

### Schleswig-Holstein ÖPF Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624, [dettmergruenefeld@hotmail.com](mailto:dettmergruenefeld@hotmail.com)

### Thüringen ÖPF Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, [johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de)  
Tilo Kummer (MdL, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, [kummer@die-linke-thl.de](mailto:kummer@die-linke-thl.de)  
Katja Wolf (MdL, umweltpolitische Sprecherin) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, [wolf@die-linke-thl.de](mailto:wolf@die-linke-thl.de)

### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, [s.schmidt@nd-online.de](mailto:s.schmidt@nd-online.de)  
[www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt](http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt)  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, [www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)